

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Klirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copadienst

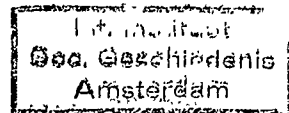
Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abzahlung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. April 1931

Magyarisches Jubelfest.

Zehn Jahre Bethlen.



SPD. Am 16. April rundet sich ein Jahrzehnt, seit Graf Stefan Bethlen als Ministerpräsident die Geschicke Ungarns in Händen hält. Es wird bei dieser Gelegenheit nicht wie bei dem zehnjährigen Amtsjubiläum des Reichsverwesers Horthy lärmende Feste geben. Auf Wunsch des Jubilars fallen alle Feierlichkeiten aus; er hat, meldet die Presse, "lediglich gestattet, dass ihm ein Glied der weitverzweigten Familie Bethlen zu diesem Tag ein Geschenk überreiche". Und also ist's recht und im Lot. Denn auf der einen Seite hat sich der Graf um die Feudalsippe seines Landes, die engere und die weitere, wohlverdient gemacht, auf der andern Seite sind die achteinhalb Millionen seiner Untertanen wahrhaftig nicht in der Lage und Laune, ihrem Herrn und Meister, weil er ihnen volle zehn Jahre auf dem Nacken sitzt, ein Elfen zuzujubeln.

Ganz im Gegenteil lagern schwarze Wolkengebilde über der ungarischen Tiefebene. Eine Wirtschaftskrise, schlimmer fast noch als in andern hart getroffenen Ländern, drückt auf die Stimmung in Stadt und Dorf. Sicher handelt es sich dabei um einen Teil der allgemeinen, der Weltwirtschaftskrise, aber verschärfend fehlt die besondere magyarische Tönung nicht. Als sich nach Kriegsende Ungarn ganz auf eigene Füße gestellt sah, ging man daran, durch Schutzzölle und Subventionen eine "nationale Industrie", zu der es an wesentlichen Vorbedingungen gebrach, treibhausmässig zu züchten; man wollte zum "Belgien des Ostens" werden. Aber die Produktionskosten waren zu hoch, die Absatzmöglichkeiten zu gering. Die Industrie, aus dem Nichts hervorgezaubert, steht heute vor dem Nichts; 150 000 Arbeitslose sind die Opfer ihres Niedergangs, und mit Recht wurde unlängst auf dem Budapester Kongress der Gewerkschaften der Regierung Bethlen vorgeworfen, dass sie dem Problem der Massenarbeitslosigkeit mit kavaliersmässiger Gleichgültigkeit gegenüberstehe.

Wenn sich in den drei letzten Jahren die Preisspanne zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zuungunsten der Bauern um 30 % erweitert hat, ist überhaupt die Lage auf dem flachen Lande nicht minder tröstlos als im Grossgewerbe. Nicht nur das Produkt, das Getreide, sondern auch das Produktionsmittel, der Grund und Boden, bleibt unverkäuflich. Aber auch mit der Landwirtschaft steht es wie mit der Industrie. Im europäischen Südosten ist die Agrarkrise eine allgemeine Erscheinung, nur tritt sie in Ungarn dank seiner Grundbesitzverfassung in besonders schwerer Form auf. Noch immer bildet, während in den Ländern ringsum die Bauernparzelle vorherrscht, Ungarn den klassischen Staat des Latifundiums. Was die Regierung des Grafen und Grossgrundbesitzers Bethlen eine Agrarreform zu nennen wagte, wusch dem Bären den Pelz, ohne ihn nass zu machen, denn nach wie vor gehören an dem einen Pol 5,4 Millionen Joch 1130 Personen, das heisst 0,13 % der Besitzer und teilen sich am andern Pol 840 000 Personen, fast 99 % der Besitzer, in 8,1 Millionen Joch!

Der Grossgrundbesitz herrscht sozial, aber auch politisch, und sein Ge-

schäftsführer, nicht der des magyarischen Volkes, ist der Jubilar vom 16. April. Seine Lobredner auch in Deutschland rühmen ihm nach, dass er in einem von Krieg und Revolution böse mitgenommenen Lande "Ordnung" geschaffen habe. In der Tat erscheint, was es vor seinem Regierungsantritt gab, weit schwächer und schauerlicher. Damals tobte sich die Gegenrevolution aus, die hängte und ertränkte, Bethlen leitete die Gegenrevolution ein, die nur niederhält und einkerkert; damals war die Gegenrevolution mit blutigen Fäusten obenauf, Bethlen verkörpert die Gegenrevolution in Glanzlederhandschuhen. Aber Gegenrevolution hier wie dort, von Demokratie keine Spur, der Parlamentarismus eine Posse; die Verfassung ein Stück Papier und die Diktatur in Wirklichkeit! Die Magyaren haben eigentlich alles, wonach sich die Hassler unserer deutschen Demokratie und Republik sehnen; Ungarn mit seinem üppig blühenden Antisemitismus wirkt recht eigentlich als Westentaschenausgabe des "Dritten Reichs", und dennoch - wir wissen! gerade deshalb! - ist es ökonomisch und politisch auf dem Hund.

Die Massen sind denn weit eher geneigt, Bethlen zu seinem Jubeltag einen Stroh- als einen Lorbeerkrantz zu winden. Die tief eingefressene Unzufriedenheit mit dem Regime kam vor einigen Wochen bei den Budapester Gemeinderatswahlen zum Ausbruch, bei denen trotz eines zu ihren Gunsten verbogenen Wahlsystems die Regierungsparteien schlecht abschnitten, während die Sozialdemokratie, bei der Schwäche des Bürgertums der einzige festgefügte und gegliederte Heereskörper der Opposition, 14 000 Stimmen und fünf Sitze gewann und zur stärksten politischen Gruppe der Hauptstadt aufrückte. Da selbst in der Schicht, die bisher Bethlen für seine und des Feudaladels Zwecke geduldig Vorspanndienste leistete, unter den kleinen Landwirten, die Unzufriedenheit gärt und schwärt, müsste er mit Bangen den bald fälligen Parlamentswahlen entgegensehen. Einzig mit der Aufpeitschung des Nationalismus bis zur Tollwut - man sagt Revision und man meint Revanche - sind die Bürger und Bauern, von den Arbeitern schon ganz zu schweigen, nicht mehr bei der Stange zu halten. Aber wenn sich Ungarn mit Händen und Füßen dagegen sträubt, ein Balkanstaat genannt zu werden, was Wahlen angeht, gibt es den trübsten Balkanvorbildern nichts nach. Die jeweilige Regierung "macht" die Wahlen, mit Terror, mit Korruption, mit allen Mitteln; namentlich auf dem flachen Lande wandelt sich dank der öffentlichen Stimmabgabe soziale Abhängigkeit nur allzu oft in politische Hörigkeit. Vielleicht wiegt sich darum trotz der allgemeinen bedrohlichen Misstimmung der erlauchte Jubilar doch in der Hoffnung, auch wenn das Volk in den nächsten Monaten "gesprochen" hat, sein übles Spiel fortzusetzen.

Aber eines schönen oder minder schönen Tages wird das Regime Bethlen doch ein Ende nehmen. Dann, nicht heute, ist Anlass zu einem magyarischen Jubelfest.
Hermann Wendel.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags hat am Mittwoch die Anträge der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen auf sofortige Einberufung des Reichstags und Beratung über die Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 abgelehnt, weil nur die Vertreter von 228 Abgeordneten von insgesamt 577 Abgeordneten sich für die Einberufung aussprachen.

Dieses Ergebnis stellt keine Ueberraschung dar. Immerhin ist es politisch bemerkenswert. Es bedeutet für die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten eine neue Enttäuschung. Sie hatten gehofft, für ihren Vorstoß Unterstützung bei denjenigen Parteien zu finden, mit denen sie zur Zeit gemeinsam das Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtags betreiben. Sie liesen es deshalb in der Sitzung des Ältestenrats nicht an Hinweisen fehlen, dass die gemeinsame Front in Preussen die Pflicht in sich schliesse, alle Bestrebungen zu unterstützen, jene Notverordnung zu beseitigen, durch die das Volksbegehren beeinträchtigt werden solle. Aber alle Anbiederungsversuche blieben erfolglos. An der Einberufung des Reichstags lag der Rechtsopposition um so mehr, als sie seit Wochen dringend nach einer Gelegenheit sucht, baldmöglichst den mit dem Auszug aus dem Reichstag begangenen Fehlschlag wieder gutzumachen.

Die Vertreter der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten erklärten daher ausdrücklich, dass sie im Falle der Einberufung des Reichstags die feste Absicht hätten, in den Reichstag zurückzukehren.

Die antragstellenden Parteien wussten, dass eine Mehrheit für die sofortige Einberufung des Reichstags schwerlich zu erreichen sein werde. Sie stellten sich deshalb auf den Standpunkt, dass der Teil des Artikel 24 der Reichsverfassung in Anwendung gebracht werden müsse, in dem vorgesehen sei, dass der Reichstag früher einberufen werden müsse, wenn mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder es verlange. Dem wurde entgegengehalten, dass eine solche Auslegung des Artikel 24 nicht nur mit seinem Wortlaut in Widerspruch stehe, sondern auch zu den unmöglichsten Konsequenzen führen müsse. Von allen Staatsrechtslehrern, früher aber auch schon vom Reichstag selbst, ist in ähnlichen Fällen das Recht einer Minderheit auf Herbeiführung der Einberufung des Reichstags nicht anerkannt worden, weil es nur für eine vorher erfolgte Schliessung des Tagungsabschnittes gilt. Da der Reichstag zur Zeit seine Tagung nicht geschlossen, sondern seine Beratungen nur unterbrochen hat und der Termin des neuen Zusammentritts auf den 13. Oktober festgesetzt ist, billigte die Mehrheit die Auffassung des Reichstagspräsidenten, dass nur eine Mehrheit die frühere Einberufung des Reichstags verlangen könne.

Die Sozialdemokratie hat den sofortigen Zusammentritt des Reichstags nicht nur aus formellen, sondern auch aus sachlichen Gründen abgelehnt. Das ist in keiner Weise eine Billigung aller Bestimmungen der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten. Die Sozialdemokratie verkennt durchaus nicht, dass die weitgehende Einschränkung der Versammlungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit bedenklich und bedauerlich ist. Sie ist jedoch nach wie vor der Anschauung, dass die unerträgliche Mordhetze, die seit Monaten Leben und Gesundheit der Bevölkerung bedroht und schliesslich zu einem permanenten Bürgerkrieg führen kann, nicht länger geduldet werden darf. Die Sozialdemokratie hat deshalb nach den politischen Attentaten in Hamburg gesetzgeberische Massnahmen gegen die Mordhetze verlangt. Es mag zweifelhaft sein, ob die neue Notverordnung in allen Teilen nur der Bekämpfung der Mordhetze dient, oder ob nicht auch andere Bestrebungen, die mit Mordhetze oder Verrohung des politischen Kampfes nichts zu tun haben, damit getroffen werden. Wir verlangen, dass solche Absichten unterbunden werden. Entscheidend wird daher für die endgültige Haltung der Sozialdemokratie die praktische Anwendung der Notverordnung sein. Die politische Freiheit der Staatsbürger, die sich in erlaubten Formen betätigt, darf nicht gehindert werden. Angesichts der Fortdauer der Mordhetze und der von den extremen Parteien immer noch gesteigerten Verrohung des politischen Kampfes aber ist eine Gegenwehr der demokratischen Republik unerlässlich. Missbräuche in der Anwendung der Verordnung wird die Sozialdemokratie durch direkte Beeinflussung der zuständigen Staatsorgane zu erreichen suchen, dafür braucht sie nicht den Reichstag. Eine Aufhebung der Verordnung und daher auch die Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick lehnen wir ab.

Eine endgültige Entscheidung, ob der Reichstag erst am 13. Oktober zusammentritt, ist damit nicht getroffen. Eine Mehrheit des Reichstags kann jederzeit eine frühere Einberufung beschliessen.

+

In der Mittwoch-Sitzung des Ältestenrats wurde u.a. noch festgestellt, dass die Ausschüsse des Reichstags mit Genehmigung des Präsidenten zusammentreten können. Der Untersuchungsausschuss für die Roggenstützung wird am 22. April zusammentreten. Der Überwachungsausschuss des Reichstags ist bei seinem etwaigen Zusammentritt nicht an die Zustimmung des Präsidenten gebunden.

SPD. Braunschweig, 8. April (Eig. Drahtb.)

Im Rechtsausschuss des braunschweigischen Landtags wurde am Mittwoch mit den Stimmen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Nazis der 1. Mai seines Charakters als gesetzlicher Feiertag entkleidet. Die Nazis erklärten, dass zwar auch sie den 1. Mai als Feiertag feiern wollen, der Festtag als solcher aber, da er international sei, beseitigt werden müsse.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen ist das Anwendungsgebiet des Schnellverfahrens in Strafsachen erweitert worden. Während bisher das Schnellverfahren bei Vergehen und Verbrechen an die Voraussetzungen gebunden war, dass der Beschuldigte sich freiwillig stellte oder infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wurde, können alle in der Notverordnung erwähnten Straftaten ohne diese Voraussetzungen abgeurteilt werden.

Der Preussische Justizminister hat die Justizbehörden darauf jetzt in einem Erlass hingewiesen und gleichzeitig bestimmt, dass die früher für die Durchführung des Schnellverfahrens gegebenen Anordnungen auch weiterhin Anwendung finden. Danach soll ein Beschuldigter im abgekürzten Verfahren namentlich dann zur Aburteilung gebracht werden, wenn er geständig ist oder der Nachweis seiner Schuld durch sofort bereitzustellende Beweismittel geführt werden kann. Erforderlich ist jedoch, dass die Persönlichkeit des Beschuldigten einwandfrei festgestellt und seine Verteidigung durch die Anwendung des beschleunigten Verfahrens nicht beeinträchtigt wird.

Der Justizminister hat weiterhin die Vorstandsbeamten der Gerichte und Staatsanwaltschaften ersucht, allen Straftaten wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und alle Massnahmen für die schleunigste Durchführung dieser Strafverfahren zu treffen. Es wird ferner darauf hingewiesen, dass der Zweck der Verordnung nur erreicht werden könne, wenn eine verhängte Strafe in der Regel unnachsichtig vollstreckt werde. Bei Freiheitsstrafen komme eine Aussetzung der Vollstreckung auch nur eines Teils der Strafe mit Bewährungsfrist nur ganz ausnahmsweise bei Vorliegen besonderer Umstände in Betracht. Die Staatsanwaltschaften sind angewiesen, bei ihrer Stellungnahme zur Frage der Strafaussetzung auf Beachtung dieser Gesichtspunkte hinzuwirken."

SPD. München, 8. April (Eig. Drahtb.)

Frick, dessen Ministerherrlichkeit in Thüringen inzwischen zu Ende gegangen ist, siedelte sofort nach seinem Sturz nach München über. Im bayerischen Innenministerium sieht man nun seinen weiteren Plänen mit einiger Spannung entgegen. Als Frick anlässlich seiner Thüringer Sendung auf seine Stelle als bayerischer Oberamtmann verzichtete, wurde die Öffentlichkeit offiziös davon unterrichtet, dass er endgültig aus dem bayerischen Staatsdienst ausgeschieden sei. Diese Mitteilung entsprach offenbar aber mehr dem Wunsche der Regierung als den wirklichen Tatsachen. Denn der "Bayerische Kurier" berichtet jetzt, dass das an sich nicht unerfreuliche Ausscheiden Fricks aus dem bayerischen Staatsdienst seinerzeit zu folgenden inhaltreichen Vereinbarungen geführt hat:

- 1) Dr. Frick liess sich das Rücktrittsrecht in den bayerischen Staatsdienst vorbehalten.
- 2) Es wurde Dr. Frick die Zusicherung gemacht, dass ihm die im thüringischen Staatsdienst zugebrachte Dienstzeit in Bayern angerechnet wird.
- 3) Es wurde ihm in Aussicht gestellt, dass sein Dienstverhältnis im Falle der Wiederanstellung sofort unwiderruflich sei.

4) wurde Herrn Dr. Frick die bisherige Stelle für die Dauer des Reichstagsmandats offen gelassen.

Der Putschist des Jahres 1923 kann sich also wirklich nicht darüber beklagen, dass der von ihm verratene Staat ihn nicht mit der höchstmöglichen Zuverlässigkeit behandelt hat. Eine solche Rückversicherung wird sonst im allgemeinen nur solchen aus dem Staatsdienst scheidenden Beamten gewährt, die sich während ihrer Amtszeit in vorbildlicher Weise geführt haben. Das kann man von dem Pirmasenser Etappenheld und Hochverräter Frick nicht behaupten, denn seine Sonderleistungen für den bayerischen Staat bestanden erwiesenermassen nur darin, dass er unter dem Kommando Poehner in der Münchener Polizeidirektion den Nazis in München und Bayern zielbewusst den Weg ebnete und sich im November 1923 aktiv an dem Putsch Hitlers beteiligte, der nach amtlicher Feststellung den bayerischen Staat nahezu 160 000 Goldmark nebst 4100 Goldmark dauernder Jahresrente kostete. Dazu kommt noch die nicht viel geringere Summe, die dem Reich durch Verwendung der Reichswehr als Auslagen entstanden sind.

SPD. Paris, 8. April (Eig. Drahtb.)

In den nordfranzösischen Kohlengruben ist am Mittwoch die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen worden. In Südfrankreich wurde jedoch noch teilweise gestreikt. Die von den Kommunisten für Mittwoch im Grubenbezirk von St. Etienne ausgegebene Streikparole ist nur von wenigen Arbeitern befolgt worden.

SPD. Frankfurt/M., 8. April (Eig. Drahtb.)

Das Schwurgericht Frankfurt a.M. verurteilte drei Nationalsozialisten, die im Oktober vorigen Jahres einen Kommunisten getötet und vier verletzt hatten, zu den ausserordentlich milden Gefängnisstrafen von vierzehn bzw. sechs Monaten. Einer der angeklagten Rowdies wurde sogar freigesprochen.

Ähnlich wie in Berlin in der Hedemannstrasse, richteten die Nazis auch im Reich nationalsozialistische Kasernen ein. Nachdem sie erst vor wenigen Wochen in Frankfurt a/M. in der Altstadt ein Haus gemietet haben, das nach aussen als "Schlaf- und Speisehaus" deklariert wurde, erwarben sie jetzt in einem der Firma Tee-Grosch gehörigen Gebäude drei Stockwerke. Mitten in einem Arbeiterviertel, am Güterplatz, ist damit eine neue Nazikaserne aufgemacht worden, die tausend Menschen bequem Schlafgelegenheit bieten kann. Zutritt ist hier nur durch grosse tunnelartige Toreinfahrten zu erhalten. Abgeschlossen von der Strasse finden die Nationalsozialisten dort sicheren Unterschlupf. Man hat ein Fort, eine Ausfallsstellung geschaffen, wie man sie sich besser nicht denken kann. Welchem Zwecke diese "Männerheime" dienen, zeigte der Totschlagsprozess gegen den Nationalsozialisten Seipel und drei Genossen vor dem Frankfurter Schwurgericht.

Der Fall spielte in der Naziwirtschaft Heun in der Niddastrasse in Frankfurt. Dort sassen um die Mitternachtsstunde des 19. Oktober vorigen Jahres etwa zehn Kommunisten. Sie sangen dann und wann ein Lied. Einer spielte Klavier. Kein Mensch in der Wirtschaft nahm daran Anstoss. Nur des Wirtes Tochterlein Trude. Sie telefonierte - damals hatte man die beiden Nazikasernen noch nicht das Nazilokal "Reichsapfel" an und sagte: "Bei uns sind Kommunisten im Lokal". Sofort organisierte der SA-Führer Wenner den Angriff. Sechs Autos rasten nach der Niddastrasse. Trude Heun dirigierte die Nazis durch einen hinteren Eingang ins Colleg. Alles ging mit sekundenhafter Schnelligkeit. Sogar ein "diensthabender" Sanitäter war bei der Alarmkolonne. Plötzlich stürzten dreissig Nazis in den Schankraum und packten die zehn Kommunisten. Dreissig Biergläser wurden zerschlagen. Der Arbeiter Breitenbach erhielt mit einem Bier-

glas einen Schlag auf den Kopf und brach mit zertrümmerter Schädeldecke zusammen. Zwei Schüsse knallten hinter den fliehenden Kommunisten her. Der Nationalsozialist Kirschstein schlug auf den sterbend am Boden liegenden Breitenbach hoch mit einem Stuhlbein ein und schrie: "Hund, verrecke vollends!" Vier andere Kommunisten lagen verletzt zwischen den Tischen. Auch der Wirt beteiligte sich an der Schlägerei und schlug mit einer Spülbürste und mit einer Hundepeitsche auf die Flüchtenden ein. Ein Toter und vier Verletzte waren die Opfer der Aktion des nationalsozialistischen Rollkommandos.

Angeklagt wegen dieses Treibens wurden der Schlosser Seipel, der Vertreter Kirschstein, der Kraftwagenführer Geyer und der Laborant Fell. Einwandfrei wies der Staatsanwalt nach, dass es sich um einen planmässigen, hinterhältigen und feigen Angriff der Nationalsozialisten gehandelt hat. Von den Angeklagten hatte jedoch nicht einer den Mut, zu den Taten zu stehen. Seipel gestand lediglich, dass er geschossen hatte. Drei Zeugen bestätigten, dass er Breitenbach mit dem Bierglas auf den Kopf geschlagen hat. Andere Zeugen bekundeten, dass Kirschstein auf den Sterbenden mit einem Stuhlbein eingehauen hat. Trotzdem fällte das Gericht milde Strafen. Es verneinte den Angriff und nahm nur Schlägerei an. Der Schlosser Seipel wurde wegen Raufhandels und wegen Vergehens gegen das Waffengesetz zu vierzehn Monaten Gefängnis verurteilt, der Vertreter Kirschstein und der Kraftwagenführer Geyer erhielten wegen Raufhandels je sechs Monate Gefängnis, Fell wurde freigesprochen.

Der Urteilsspruch zeigt, dass in dem Schwurgericht Richter und Geschworene gesessen haben, die mit den Nationalsozialisten sympathisieren. Kein Wunder, wenn die Rollkommandos in den Nazi-Kasernen neuen Mut zu neuen Morden schöpfen.

SPD. Oslo, 8. April (Eig. Drahtb.)

In Norwegen hat der seit langem schwebende grosse Tarifkonflikt nunmehr doch zu einer Aussperrung geführt. Eine Einigung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ist bei den Verhandlungen zur Neuregelung der Arbeitsbedingungen nicht erzielt worden, da der Arbeitgeberverband an seiner scharfen Lohnkürzungsforderung festhielt. Einstweilen stehen 43 000 Arbeiter im offenen Abwehrkampf; diese Zahl dürfte sich bereits am 15. April um weitere 25 000 erhöhen.

SPD. Warschau, 8. April (Eig. Drahtb.)

Vor dem Warschauer Bezirksgericht beginnt am Donnerstag der Prozess gegen den ehemaligen Militärattaché der Wiener Sowjet-Gesandtschaft Polanski, der im April dieses Jahre mit Hilfe einer Höllenmaschine ein Attentat auf die Warschauer sowjetrussische Gesandtschaft vorbereitet hatte. Das Attentat missglückte.

Polanski erklärt, dass er den Anschlag aus Gegnerschaft gegen den Kommunismus unternommen habe. Seine Absicht sei eine Demonstration gegen den Bolschewismus gewesen. Auf polnischer Seite wird dieser Behauptung nicht voll Glauben geschenkt. Die Sowjetregierung ist ihrerseits der Ueberzeugung, dass Polanski im Auftrage sowjetfeindlicher russischer Emigrationskreise gehandelt hat. Die polnischen Stellen beabsichtigen jedoch, diese ihr offiziell zur Kenntnis gebrachte Auffassung unberücksichtigt zu lassen. Insofern erweckt der Prozess auch in politischen Kreisen grosses Interesse, da sein Verlauf und Ausgang unter Umständen nicht ohne Einfluss auf die Weiterentwicklung der polnisch-sowjetrussischen Beziehungen bleiben wird.

SPD. Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister werden nach einer am Mittwoch zustandekommenen Vereinbarung mit der englischen Regierung London in der Zeit vom 5. bis 9. Juni besuchen. Brüning und Curtius werden Gäste der englischen Regierung sein. Den ersten Tag werden sie in London verbringen. Dann sind sie zwei Tage Gast des Ministerpräsidenten MacDonald in Chequers. Am 9. Juni werden sie wiederum in London weilen und am Abend des gleichen Tages nach Berlin zurückkehren. Ausser offiziellen Besprechungen und einer privaten Aussprache zwischen den deutschen und den englischen Ministern in Chequers ist ein Empfang beim König vorgesehen.

Die Verschiebung der anfänglichen für den 1. Mai und dann für den 2. oder 8. Mai in Aussicht genommenen Konferenz wird nach aussen damit begründet, dass zu den anfänglich vorgesehenen Terminen entweder die deutschen oder die englischen Vertreter unabhkömmlich waren und insofern angesichts der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates als einziger Termin für die Aussprache nur Ende Mai oder Anfang Juni hätte in Frage kommen können. Tatsächlich aber war die Haltung Frankreichs für die Verschiebung der englisch-deutschen Besprechung auf den Juni massgebend. Briand hat gegenüber dem englischen Aussenminister in den letzten Tagen wiederholt erklären lassen, dass ihm die deutsch-englische Unterhaltung, selbst wenn er dabei anwesend sein sollte, vor der Tagung des Völkerbundsrates und vor den französischen Präsidentenwahlen äusserst unsympathisch sei. Wahrscheinlich würde sich Briand ohne die deutsch-österreichische Zollunion, mit deren Rechtmässigkeit sich der Völkerbundsrat im Mai beschäftigen soll, weniger scharf oder überhaupt nicht gegen den Besuch des Reichskanzlers und Reichsaussenministers in London vor der Völkerbundstagung gewandt haben. Aber die Furcht, dass die französische Reaktion die deutsch-englische Unterhaltung vor den nächsten Verhandlungen des Völkerbundsrates hinsichtlich der Zollunion als eine von vornherein gewollte Niederlage Frankreichs auslegen und damit die Präsidentenwahlen nicht unwesentlich beeinflussen könnte, hat ihr zu jenem Widerstand gegen die Londoner Unterhaltung zwischen MacDonald und Brüning veranlasst, der nunmehr zu einer Verschiebung der Besprechungen auf Anfang Juni geführt hat.

Wir sind überzeugt, dass die Aussprache zwischen den englischen und den deutschen Ministern dennoch auch im Juni nicht weniger freundschaftlich sein wird als sie es vor der Völkerbundstagung gewesen wäre, obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, dass sie von ihrem anfänglichen sensationellen Charakter durch die Verschiebung auf Juni viel eingebüsst hat. Aber auch im Juni gibt es zwischen England und Deutschland noch genügend zu bereden und zu klären. Vielleicht ist es für Deutschland sogar besser und vorteilhafter, dass die Unterhaltung nach der Erörterung der deutsch-österreichischen Zollunion in Genf und damit in einer gewissermassen hereinigten politischen Atmosphäre stattfindet.

SPD. London, 8. April (Eig. Drahtb.)

Ausser auf die Einladung der englischen Regierung an den Reichskanzler und Reichsaussenminister richtet die englische Presse ihr Hauptaugenmerk auf die englisch-französisch-italienischen Flottenverhandlungen, die in letzter Stunde zu scheitern drohen. Eindeutig werden die französischen Forderungen für übertrieben und für England als unannehmbar bezeichnet. Während Italien und England bereit seien, sich 6 Jahre an ein Abkommen zu binden und die Rüstungen bis 1936 einzustellen, wolle Frankreich das Recht haben, bereits nach vier Jahren freie Hand zu bekommen. Das nehme dem beabsichtigten Vertrag jeden Wert und wenn Frankreich nicht nachgebe, sei das Scheitern der Verhandlungen unvermeidlich.

SPD. Auf dem Arbeitsmarkt ist endlich einmal eine grössere Entlastung eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen ist in fühlbarem Umfang zurückgegangen. Der Rückgang beträgt für die zweite Märzhälfte fast 1/4 Million. Die Saisonentlastung hat dieses Jahr etwas später eingesetzt als sonst, dafür trat sie aber umso kräftiger in Erscheinung.

Der Ansatz zur Besserung ist beachtlich, vor allem im Hinblick auf die finanzielle Lage der Reichsanstalt. Die Anstalt hat einen Zwischenkredit aufnehmen müssen, weil im Augenblick die Einnahmen noch gering fließen und die Unterstützenziffer noch verhältnismässig hoch steht. Es ist wichtig, dass dieser Kredit, den die Reichsbank der Reichsanstalt gegeben hat, pünktlich zurückgezahlt werden kann. Je stärker die Entlastung einsetzt, desto rascher die Zurückzahlung. Das ist schon deswegen von Bedeutung, weil neuerdings wieder eine Hetze gegen die Arbeitslosenversicherung eingesetzt hat.

Eine konjunkturelle Besserung lässt sich aus den neuen Arbeitslosenziffern noch nicht herauslesen. Jedenfalls ist jedoch gegenüber der bisherigen ständigen Verschlechterung der Lage wenigstens endlich ein Stillstand eingetreten.

Im vorigen Jahr ist in der Zeit vom 1. bis 15. April ein Rückgang der Unterstützenziffer um 175 000 eingetreten. Diese Zahl dürfte in diesem Jahr sicherlich auch erreicht werden. Infolgedessen darf man nunmehr auch mit einem Absinken der Zahl der Ausgesteuerten rechnen, da es Pflicht der Arbeitsämter ist, in erster Linie für die langfristig Arbeitslosen bei der Arbeitsvermittlung Sorge zu tragen. Auch in der Zahl der Krisenunterstützten zeigt sich ein Rückgang; dieser lässt jedoch noch keine arbeitsmarktpolitischen Schlüsse zu. Immerhin ist auch hier mit einer Entlastung zu rechnen, da auch starke Aussenberufsarbeitergruppen in die Krisenfürsorge aufgenommen waren, und die Saisonentlastung vor allem bei diesen Gruppen einsetzen muss. Ebenso darf man erwarten, dass nunmehr auch bei den Gemeinden wenigstens keine stärkere Belastung über die Wohlfahrtserwerbslosenziffer von rund 1 Million hinaus eintritt.

SPD. London, 8. April (Eig. Drahtb.)

Der Termin der Sommerfahrt des 2. englischen Kreuzer-Geschwaders nach Kiel ist bisher noch nicht festgelegt. Einstweilen werden nur inoffizielle Verhandlungen darüber geführt. Eine offizielle deutsche Einladung würde jedoch nach den Informationen des Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" in England begrüsst und angenommen werden.

SPD. Die Reinigungsaktion in der Berliner SA und NSDAP durch Goebbels hat inzwischen einen Umfang angenommen, der gleichbedeutend ist mit der Auflösung ganzer SA-Abteilungen und ganzer Nazi-Ortsgruppen. Es ist bezeichnend, dass Goebbels die Reinigung fern vom Schuss ausführt. Er weilt nach wie vor in München statt in Berlin, dem Sitz seines Gaubüros.

In Berlin sind am Mittwoch auf Veranlassung von Goebbels nicht weniger als 900 Mitglieder aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Davon allein 280 von der Sektion Schöneberg, die bisher 400 Mitglieder zählte. Andere Sektionen sind von den Ausschlüssen prozentual fast noch stärker betroffen als Schöneberg. Die Gesamtzahl der bis jetzt im Bereich der Berliner Gauleitung der NSDAP hinausgeworfenen Mitglieder wird auf rund 2000 beziffert. Dennoch ist die Reinigungsaktion längst nicht zu Ende. Wer auch nur im Verdacht steht, eine andere Meinung zu haben als sie von Hitler und seinen Trabanten vertreten wird, fliegt. Die ganze Aktion läuft daraus hinaus, die SA-Organisationen im Gau Berlin unter irgend einem Vorwand aufzulösen, um dadurch in erster Linie die gegenüber den SA-Leuten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen los zu werden. Hitlers Kasse beginnt sich mehr und mehr zu leeren, da die freiwilligen Spenden ausbleiben und die Einnahmen durch Versamm-

lungen oder durch die Verlage der Nazipresse längst nicht mehr so fließen wie vor und kurz nach den Reichstagswahlen vom 14. September. So ist man bestrebt, sich zunächst auf Kosten der Prätorianergarden finanziell Luft zu schaffen, indem man einen SA-Mann nach dem anderen hinausschmeißt und auf diese Weise den SA-Organisationen über kurz oder lang das längst beabsichtigte Ende bereitet.

In Berlin dürften die aus der Hitler-Partei hinausgeworfenen SA-Leute zu Stennes übersiedeln. Schon lässt Stennes durch seinen Anwalt verkünden, dass er im Besitz reichlicher Geldmittel sei. Die Barmittel sollen von jenen nationalen Splittergruppen stammen, "die von der Münchener Parteileitung erdrückt worden sind, aber im geheimen weiter bestehen". Inwieweit Stennes hier der Wahrheit die Ehre gibt, dürfte sich schon in den nächsten Tagen zeigen.

+ + +

Der bisherige Führer der Berliner SA., Hauptmann a.D. Stennes, hat am Mittwoch sein Büro in der Matthäikirchstrasse geräumt und ein neues Büro von 9 Zimmern in der Nähe der Potsdamerstrasse, Am Karlsbad, gemietet. Inzwischen hatte der Hauswirt in der Matthäikirchstrasse gegen Stennes eine einstweilige Verfügung erwirkt, derzufolge das von Stennes gemietete Büro sofort geräumt werden musste. Der Vollstreckung der Verfügung ist Stennes durch den freiwilligen Auszug zuvorgekommen.

SPD. Dortmund, 8. April (Eig. Drahtb.)

Die am Mittwoch hinsichtlich der Gehaltsfrage der Angestellten in der Metallindustrie Nordwest geführten Schlichtungsverhandlungen sind wiederum ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer fordern einen nochmaligen Abbau der Gehälter um 15 Prozent, an der sie auch im Verlauf der Schlichtungsverhandlungen festhielten. Die Verhandlungen wurden deshalb auf den 14. April vertagt.

SPD. Die Wahl des früheren Präsidenten des Danziger Senats Dr. Sahn zum Oberbürgermeister von Berlin ist nunmehr endgültig gesichert. Als Bürgermeister werden der Staatspartei und gegenwärtige Vizepräsident des Deutschen Stadtetages Dr. Elsas; und der Sozialdemokrat Dr. Lange, der z.Zt. stellvertretender Stadtkämmerer der Reichshauptstadt ist, gewählt werden.

Ann.f.d.Red.: In dem Bericht über die Verhandlungen des Ältestenrats des Reichstags muss es zum Schluss des vorletzten Absatzes heißen: ...Missbräuche in der Anwendung der Verordnung wird die Sozialdemokratie usw. zu verhindern suchen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

W N S Aüs aller Welt

Laboratorium der Welt.

Einige Dinge, mit denen sich augenblicklich die wissenschaftliche Forschung beschäftigt.

Wie entsteht ein Genie?

SPD. Die psychografische Forschung interessiert sich stark für die biologischen und psychologischen Voraussetzungen, die zur "Entstehung" eines grossen Mannes nötig sind. Professor Wilhelm Ostwald teilt die Genies unter den Forschern, Denkern und Künstlern in zwei Gruppen: die Klassiker - langsam arbeitende verschlossene Menschen, die einen nachgewiesenen Fehler als schwerstes Unglück betrachten - und die Romantiker, geschwinde und fruchtbare Arbeiter, überströmend von Ideen, mitteilksam und begeisterungsfähig. Biologisch ist das Genie innerhalb seiner Familie eine vereinzelte Erscheinung; weder seine Eltern noch seine Geschwister und Kinder kommen ihm an Grösse nahe - er ist das glückliche Produkt besonders gut zueinander passender Erbeigenschaften beider Eltern. Abseits von den Klassikern und Romantikern stehen die "Titanen", die Uebergenies, die mit grössten inneren und äusseren Widerständen zu kämpfen haben und trotzdem - oder gerade deshalb - Ausserordentliches leisten. Kommen diese Widerstände einer gewissen Grenze nahe, so können die erstaunlichsten Werke zustandekommen (Goethe); wird die Grenze überschritten, so sehen wir das tragische Bild des zugrunde gehenden Genies (Kleist, Grabbe). Ungalant, wie Wissenschaftler oft sind, stellt Professor Ostwald fest, dass unter den ganz grossen Forschern Frauen nicht anzutreffen sind, erklärt dies aber damit, dass vom schwachen Geschlecht ohnehin der für die Erhaltung der Menschheit schwerere Anteil geleistet wird.

Elektrizität für den Bauern.

Der Verein Deutscher Ingenieure hat eine besondere Gartenbau-Versuchsstelle ins Leben gerufen, die sich mit einem wichtigen Problem landwirtschaftlicher Organisation befasst: Der Vorverlegung einzelner Erntezeiten, die zur gleichmässigen Verteilung des Produktionsangebotes über das ganze Jahr nötig ist. Elektrische Beheizung der Gewächshäuser und Frühbeete hat sich schon gut bewährt; die oft mangelnde Kohlensäure kann durch Verlegung der Heizkabel über eine Schicht Holzkohle ersetzt werden. Bestrahlung durch Glühlampen zeigte Erfolge bei Gerste und Mais. Aufgrund eingeleiteter Untersuchungen durch japanische Professoren in Tokio geht man nun auch bei uns zu Experimenten mit "Elektrokulturen" über, d.h. unmittelbarer Beeinflussung der Pflanzen durch strömende Elektrizität oder Ionisierung der Luft. Bei Tabakpflanzen wurde damit Gewichtszunahme bis 22 v.H. erzielt.

Die Karriere einer Biene.

Immer seltsamere Dinge berichtet die Forschung über die komplizierte Struktur des Bienenstaates. Man weiss, dass die Verteilung der Arbeit im Bienenstaat nach dem Alter erfolgt: die frisch ausgeschlüpfte Biene übernimmt zuerst die Reinigung der Wabenzellen, geht nach drei Tagen zur Larvenfütterung über, nach sechs Tagen darf sie bereits Orientierungsflüge unternehmen, nach zwölf Tagen wird sie "Baubiene", da nun ihre Wachsdrüsen entwickelt sind. Kurze Zeit übernimmt sie auch den Wächterdienst. Im Alter von 20 Tagen wird sie vom Innen- und Aussendienst abkommandiert und übt für den Rest ihres nur 35-tätigen Lebens die Sammeltätigkeit aus. Diese Einteilung wird jedoch, wie die neueste Forschung lehrt, nicht unbedingt starr eingehalten; so kann z.B. eine über das Baualter schon hinausgewachsene Biene, deren Wachsdrüsen sich zum

zweiten Male entfalten, wieder zur Wachsproduktion herangezogen werden, während jüngere Bienen nötigenfalls auch Arbeiten ihrer älteren Mitbürgerinnen übernehmen. Es ist schwer, sich mit der Erklärung dieser so "vernünftigen" Einteilung als einer instinktiven abzufinden; der Bienenstaat stellt sich uns immer mehr als ein Wunderwerk sozialer Organisation dar, das alle Elemente menschlicher Staatenbildung in differenziertester Form zeigt.

Haben die Astrologen recht?

Mit Fiebereifer wird neuerdings die kosmische "Ultrastrahlung", die Höhenstrahlung, erforscht. Es scheint, dass ein Teil der Ultrastrahlung auf der Erdoberfläche aus sehr schnellen Elektronen besteht. Bei Gewitter wurde eine Erhöhung der Strahlung festgestellt und mit Apparaten, die mit sieben Zentimeter dicken Eisenpanzern umgeben waren, einwandfrei registriert. Professor Hess, zusammen mit Kohlhörster der Entdecker der Ultrastrahlen, glaubt die Frage nach dem Ursprung dieser Strahlen jetzt schon annähernd beantworten zu können. Während man früher annahm, der Weltenraum selbst sei die Strahlenquelle, hat sich nun herausgestellt, dass ein Teil der Ultrastrahlen zweifellos von der Sonne herrührt. Man neigt sich deshalb heute der von Geheimrat Nernst vertretenen Ansicht zu, dass die Ultrastrahlung direkt von den Sternen ausgeht. Möglicherweise sind von diesem Gebiet astrophysikalischer Forschung Resultate zu erwarten, die unser Weltbild revolutionieren dürften. Bald wird man auch an die Klärung der Frage gehen, welche Wirkungen die Sternenstrahlen auf den Menschen, auf den Organismus ausüben. Haben zuletzt doch die Astrologen recht? Bestimmen die Sterne über uns und unser Schicksal - wenn auch in anderer Weise, als die Pseudowissenschaft es wahr haben will?

E.

+ + +
Kein Stratosphären-Aufstieg. Professor Dr. Piccard=Brüssel und sein Assistent Dr. Kipfer, die entgegen anders lautenden Meldungen sich zurzeit noch in Augsburg aufhalten und einen Ballonaufstieg in die Stratosphäre planten, beabsichtigen dieser Tage nach Brüssel zurückzukehren, da bis auf weiteres keine Aussicht auf gutes Wetter gegeben ist und damit die erste Voraussetzung für einen glücklichen Aufstieg nicht gegeben ist. Piccard erklärt, dass er in aller Ruhe die zum Aufstieg geeignete Witterung abwarten wolle. Er denke keineswegs daran, durch ein übereiltes Vorgehen das Gelingen des Aufstiegs in Frage zu stellen, handle es sich doch für ihn nicht um eine Sensationsleistung, sondern um die Lösung einer ernsten wissenschaftlichen Aufgabe. Der Zeitpunkt des Aufstiegs werde erst kurz vor der Ausführung festgelegt werden.

+ + +
Axel Karlfeldt. Der schwedische Dichter Erik Axel Karlfeldt, langjähriges Mitglied der schwedischen Dichterkademie und ständiger Sekretär des Nobel-Komitees, ist am Mittwoch morgen im Alter von 66 Jahren an Herzschwäche gestorben. Karlfeldt war einer der markantesten und beliebtesten schwedischen Dichter der Gegenwart. Sein Tod hat in allen skandinavischen Ländern aufrichtige Teilnahme und Trauer hervorgerufen.

+ + +
Eifersuchtsmord. Aus Eifersucht erschoss in Domschau bei Breslau ein junger Schmied seine Braut und danach sich selbst. Die Braut hatte bei einem Vergnügen mit einem anderen getanzt...

+ + +
Kampf der Unterwelt! "Kampf der Unterwelt!" ist augenblicklich die Parole der New-Yorker Polizei. Eine Reinigungsaktion soll die Stadt von unerwünschten Mitbürgern befreien. 1127 Fremde wurden bis jetzt als unwillkommene Ausländer verhaftet und aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen. Zahlreiche Banditen, die das gleiche Schicksal befürchteten, zogen es vor, von sich aus das Weite zu suchen.

+ + +

Wieder Nazis vor Gericht. Vor dem Berliner Landgericht III begann am Mittwoch ein Prozess gegen die Nationalsozialisten Stief (22 Jahre), Berlich (42 Jahre), Wesemann (25 J.) und Liebscher (22 J.), die sich wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Totschlag zu verantworten haben. Zur Verhandlung steht der Sturm auf das Tanzlokal "Eden" in Charlottenburg am 22. November vorigen Jahres. Da einer der Angeklagten zurzeit nicht verhandlungsfähig ist, weil er vor Beginn des Termins 16 Veronaltabletten zu sich genommen hat, musste der Prozess auf Freitag vertagt werden. Der Vorfall, der in diesem Verfahren seine gerichtliche Klärung finden soll, nahm seinen Ausgang in einem Nazirestaurant in der Berliner Hebbelstrasse 20, in derselben Kneipe, in der sich auch jene Tragödie abspielte, die den Tatbestand des zur Zeit noch schwebenden nationalsozialistischen Mordprozesses Markowski und Genossen bildet.

+ + +
Hohe Nobelpreise. In diesem Jahre werden die anlässlich der Verleihung des Nobelpreises gestifteten Summen höher sein als sonst, da der Zinsertrag, der im Jahre 1931 zur Verfügung steht, 1 154 000 Kronen beträgt. Nach Abzug der Unkosten wird sich jeder der Preise des Jahres auf 177 000 Kronen belaufen.

+ + +
Fischkutter gesunken. In der Nordsee sank ein deutscher Fischkutter, der vor der Insel Amrum geankert hatte, aber des Nachts abgetrieben worden war. Am Strande von Büsum wurden Wrackstücke des verunglückten Schiffes angeschwemmt. Die aus vier Mann bestehende Besatzung fand offenbar den Tod in den Wellen.

+ + +
Drama der Not. In Bunzlau (Schlesien) sprang eine 26-jährige Arbeiterin mit ihren beiden zwei und drei Jahre alten Kindern in selbstmörderischer Absicht in den Mühlgraben; alle drei ertranken. Materielle Not ist das Motiv der Tat.

+ + +
100 000 Mark veruntreut. Wegen Unterschlagung von rund 100 000 Mark wurde auf Veranlassung der Frankfurter Staatsanwaltschaft der bei einer Apparatbaufabrik in Frankfurt/Main beschäftigte Prokurist Paul Fabig verhaftet.

+ + +
Familiendrama. Im Verlaufe eines Streites schoss in der Nähe von Pirmasens ein Arbeiter seinen Schwager nieder und verletzte ihn schwer. Die Mutter des Mörders, die dem Vorfall beiwohnte, erlitt vor Aufregung einen Herzschlag und brach tot zusammen.

+ + +
Überfall auf ein Panzerauto. Eine Patrouille französischer Panzerautomobile wurde in Marokko von einer Bande aufständischer Eingeborener überfallen. Ein Unteroffizier und ein Leutnant wurden getötet, ein Chauffeur wurde lebensgefährlich verletzt.

+ + +
Polizeierlass gegen freie Liebe. Die Polizei in Novi Sad (Serbien) - aufgebracht durch die Tatsache, dass 6 000 von 80 000 Einwohnern der Stadt in ausserehelicher Gemeinschaft leben - hat einen Erlass veröffentlicht, nachdem alle derartigen Beziehungen beendet oder innerhalb von drei Monaten durch eine Ehe legitimiert werden müssen. Man ist der Ansicht, dass die meisten dieser ungesetzlich vereinigten Paare Ungarn und Slowaken sind, die im Falle der Nichterfüllung dieser Vorschriften aufgefordert werden sollen, das Land unverzüglich zu verlassen.



Sie schaffen's nicht.

Der Kampf um die Metallbetriebe.

SPD. Die Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie sind noch nicht abgeschlossen. So viel steht aber bereits fest: der wütende Angriff der Rechts- und Linksradikalen gegen den stärkenden Pfeiler der freien Gewerkschaften, gegen den Deutschen Metallarbeiterverband, ist energisch und erfolgreich zurückgewiesen worden. Wenn irgendwo, dann hatten es die Kommunisten und die Nazis gerade in der Metallindustrie verhältnismässig leicht, weil hier die Wirtschaftskrise für die Radikalens ganz besonders günstige Voraussetzungen geschaffen hatte. Trotzdem haben sich ihre Hoffnungen, die Stellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den Betrieben zu erschüttern, als eitel und trügerisch erwiesen.

Die Nazis haben sich unsterblich blamiert. Auf der ganzen Linie haben sie sich eine fürchterliche Niederlage geholt. Sie dürften nicht einmal 1% der Mandate erreichen. Ein wahrhaft klägliches Ergebnis! Ein offenkundiger Beweis dafür, dass bei der Arbeiterschaft mit der Hitlerei keine Geschäfte zu machen sind. Der Arbeiter hat den faulen Zauber der mit Unternehmerngeld aufgezogenen "Arbeiter"-Bewegung des Nationalsozialismus durchschnaut. Das Unternehmertum wird daraus wohl oder übel die Konsequenzen ziehen müssen, wenn es sein Geld nicht zum Fenster hinauswerfen will. Mit dem Nationalsozialismus - das haben die Betriebsrätewahlen bereits erwiesen wird man den Gewerkschaften bestimmt nicht das Wasser abgraben können. In Deutschland ist der Versuch, faschistische Gewerkschaften nach dem Muster Mussolinis zu schaffen, ein hoffnungsloses Beginnen.

Die kommunistische RGO hat naturgemäss unendlich viel besser abgeschnitten als die Nazis; allein gerade die Betriebsrätewahlergebnisse in der Metallindustrie zeigen, dass die stellenweise erzielten Erfolge der Kommunisten nur Eintageserfolge sind, dass auch die RGO nicht imstande ist, die Stellung der freien Gewerkschaften in den Betrieben zu brechen. In einer ganzen Reihe von Bezirken, so zum Beispiel auch an der Wasserkante und in Oberschlesien ist ein Rückgang der kommunistischen Stimmen festzustellen. Wo die Arbeiter mit kommunistischen Betriebsräten noch keine Erfahrungen machen konnten, da schnitten die Maulhelden der RGO natürlich am besten ab. Wo sie aber schon einmal mit Listen aufgetreten waren und wo nach ihren Versprechungen und grossen Reden im Laufe eines Jahres die Probe aufs Exempel gemacht werden konnte - kurz überall dort, wo die Kommunisten Gelegenheit hatten, praktisch zu zeigen, was sie in der Betriebsvertretung leisten, ist ihr Anhang schon wieder im Schwinden. Das ist ein Zeichen, dass sie auf die Dauer gegenüber der Leistung der freien Gewerkschaften nicht aufkommen und sich nicht durchsetzen können.

Im Nordwestbezirk hat die RGO an einzelnen Stellen etwas stärker Stimmen herausholen können. Hierbei haben besondere Umstände mitgesprochen. Im Westen hat der bürgerliche Radikalismus pazifistischer Färbung in der letzten Zeit ganz besonders durch seine scharfe Kritik an der Haltung der Sozialdemokratie in der Panzerkreuzerfrage den Kommunisten Wasser auf die Mühlen getrieben. Das gilt vor allem für Blätter wie den "Dortmunder Generalanzeiger". Mancher stimmungsmässig leicht beeinflussbare Arbeiter wurde verärgert. Die Folge war, dass er sich bei den Betriebsrätewahlen von den freien Gewerkschaften abgewandt hat und, da er nicht wusste, wohin, einfach kommunistisch stimmte. Vielleicht

überlegen, sich manche Leute künftig ihre Kritik gegen die Sozialdemokratie etwas gründlicher, bevor sie darauf loshauen. Man kann ein guter Pazifist und doch ein schlechter Politiker sein und vor lauter Pazifismus die Reihen derer stärken, die auf den Pazifismus - pfeifen.

Immerhin auch im Westen ist für die Kommunisten noch lange kein Anlass vorhanden, irgendwo Siegesfanfaren zu blasen. Im Dortmunder Bezirk auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch erhielt die RGO 2 154 (1 229) Stimmen und 8 + 2 (4 + 1) Mandate, während die freien Gewerkschaften 1 585 (3 131) Stimmen und 6 + 1 (10 + 3) Mandate zählen konnten; bei den Vereinigten Stahlwerken Dortmunder Union erhielt der DMV 6 + 0 (9 + 3) Mandate und die RGO 7 + 2 (4 + 1); allein das ist nicht alles, was über die Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie des Bezirks Essen zu melden ist. Hier wurden in rund 134 Betrieben (=34%), worunter sich die meisten Grossbetriebe befinden - 105 670 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die freien Gewerkschaften 66 090 (44%), Christen 23 388 (22,1%), Hirsch-Duncker 2 509 (2,3%), RGO 22 260 (21,1%), Nazis 5 039 (4,5%) Gelbe 7 079 und Sonstige 2 134. An Mandaten erhielten: der DMV 608, die RGO 129, Nazis 30, die Gelben 18.

Wenn die RGO grosses Glück hat, dann wird sie vielleicht ihre Stimmenzahl um 50% steigern können. Das wäre jedoch angesichts einer für sie so ungeheuer günstigen Konjunktur, wie sie nie wiederkommt, gleichbedeutend mit Pleite. Was wären 1000 gegenüber 20 000 Betriebsräten, die diesmal zu wählen sein dürften?

Die freien Gewerkschaften haben nach wie vor das Vertrauen der übergrossen Mehrheit der Arbeiter. Auch die Krise hat dieses Vertrauen nicht vernichten können. Und damit müssen sich die Feinde der Gewerkschaften abfinden: was sie diesmal nicht schaffen, werden sie nie schaffen,

SPD. Der preussische Innenminister hat in einem Runderlass die Behörden angewiesen, dafür zu sorgen, dass die Leiter der städtischen und sonstigen gemeindlichen Theater für die Vermittlung des künstlerischen Personals ausschliesslich die paritätischen Stellennachweise in Anspruch nehmen und so die Vermittlungstätigkeit unbefugter Personen ausschalten.

Bezeichnend, dass hierfür noch besondere Runderlasse notwendig sind. Es wird allmählich Zeit, dass die Schieberei und Nepperei bei der Hintenherumvermittlung von Arbeit ausgerottet werden.

SPD. Beim Arbeitsamt Ludwigshafen wurde kürzlich bei der Betriebsrätewahl neben der Liste des ZdA auch eine sogenannte Einheitsliste eingereicht. Die Spitze zierte ein Nationalsozialist; an zweiter Stelle folgte ein Vorstandsmitglied des GdA, die weiteren Kandidaten waren Unorganisierte und GdA-Mitglieder.

Der GdA mit dem Hakenkreuz und den Unorganisierten in einem Einheitsladen!

SPD. Auf den luxemburgischen Zechen sollen Ende April rund 10 000, in der Hauptsache ausländische Arbeiter zur Entlassung kommen. Die Zechenverwaltungen begründen diese Entlassungen mit steigendem Auftragsmangel. Die von der Entlassung Betroffenen, von denen sich ein Zehntel aus deutschen Arbeitern rekrutiert, müssen das Land sofort verlassen.

SPD. Der unerhörte Schiedsspruch für das mitteldeutsche Steinsetz- und Strassenbaugewerbe, der einen Lohnabbau bis zu 14% vorsieht, wurde von den mitteldeutschen Bezirksfunktionären des Zentralverbandes der Steinarbeiter abgelehnt. Auf der Konferenz kam es zu äusserst stürmischen Kundgebungen gegen den Schlichtungsbolschewismus, wie er in dem völlig untragbaren Schiedsspruch zutage tritt.

Der Schiedsspruch - eine starke Leistung - muss die Steinarbeiter zu schärfstem Widerstand herausfordern. Alles kommt jetzt darauf an, dass sie gegenüber dem Ansinnen des Schlichters und der Unternehmer in fester Front zusammenhalten.

SPD. In Polnisch-Oberschlesien überstürzen sich neuerdings förmlich die Arbeiterentlassungen. Auch hier wird der Lohnruck jetzt grosse Mode. Im Erzbergbau fordern die Arbeitgeber, nachdem vor kurzem erst eine Kürzung um 6% eingetreten war, rückwirkend ab 1. März einen 15%igen Lohnabbau. Die Arbeitslosenziffer hat infolge der Massenentlassungen bereits die während des letzten Jahres stets grössere deutsche Arbeitslosenziffer überholt.

SPD. In Oesterreich wurden Ende März 304 082 unterstützte Arbeitslose gezählt. Das bedeutet eine Abnahme um rund 22 700 Personen.

SPD. In Thüringen sind bei der Neubesetzung der Arbeitsgerichtsbehörden auch 4 Beisitzer berufen worden, die von den sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbänden in Vorschlag gebracht worden sind. Das Ministerium steht auf dem Standpunkt, die in Thüringen vorhandenen Werksvereine seien tariffähig.

Diese Stellungnahme ist wohl nur eine Folge des bisherigen Nazikurses. In der Agitation haben die Nationalsozialisten die Werksgemeinschaften abgelehnt. Sie haben es sogar fertig gebracht, die von den Gewerkschaften geforderte Wirtschaftskrise mit der Werksgemeinschaft auf eine Stufe zu stellen. Dort, wo die Herrschaften zufällig eine zeitlang das Heft in der Hand hatten, haben sie jedoch den wirtschaftsfriedlichen Verbänden besondere Gunst zuteil werden lassen.

SPD. Die RGO versucht, durch allerhand wilde Streiks bei den Bauarbeitern sich lieb Kind zu machen. In Berlin befinden sich zur Zeit ungefähr 1 000 Bauarbeiter im Streik. Fast alle grösseren Bauten sind dadurch stillgelegt worden. An manchen Baustellen konnte die Arbeit nur unter polizeilichem Schutz weitergeführt werden, doch sind neue Tätlichkeiten, wie sie sich am Dienstag ereigneten, am Mittwoch nicht mehr vorgekommen. Am Donnerstag finden vor dem Schlichter für Gross-Berlin Nachverhandlungen über den Schiedsspruch statt. Die Unternehmer haben der Empfehlung der zentralen Schiedsstelle zugestimmt. Die Haltung der einzelnen Firmen ist jedoch uneinheitlich.

Auch in Sachsen, Thüringen, Westfalen und Schleswig-Holstein hat sich die Situation im Lohnkonflikt verschärft.

Kampf um den Oelmarkt.

SPD. Deutschland, das im Jahre 1930 etwa 170 000 Tonnen Oel gefördert hat und das wahrscheinlich schon im laufenden Jahr die 200 000-Tonnen-Grenze überschreiten wird, ist zu einer Zeit in die Reihe der Oelländer eingetreten, wo eine schlimme Krise die ganze Erdölindustrie erschüttert. Der Preis für Erdöl ist, wie die Preise für andere Rohstoffe, stark gefallen. Dagegen sind die Bestände angestiegen. Das wirkt sich auf den Markt aus und der Kampf um die Benzinpreise will nicht abreißen.

Die Weltproduktion an Erdöl erreichte im Jahre 1929 mit rund 1 484 Millionen Fass ihren Höhepunkt. Die Erdölindustrie, die in grossen internationalen Gruppen zusammengefasst ist, ergriff sofort angesichts einer steigenden Förderung und eines abnehmenden Verbrauchs Gegenmassnahmen, um ein Abstürzen der Preise zu verhindern. Die Führung lag durchaus bei den Nordamerikanern. Das 1928 zur Festsetzung einheitlicher Exportpreise gegründete amerikanische Petroleuminstitut schlug den Erzeugern in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Produktionseinschränkung im Ausmass von 10 % vor. Zweck war, die Exportpreise hoch zu halten. Gegenüber der Oeffentlichkeit hing man sich ein nationales Mäntelchen um und behauptete, die Petroleumindustrie habe nationale Belange wahrzunehmen und müsse die sinkenden Erdölvorräte der nordamerikanischen Union schonen. Die Einschränkung wurde in den Vereinigten Staaten auch durchgeführt. Aber die Preise sanken weiter. Man hatte nämlich die Rechnung ohne die Russen gemacht. So ging die Erdölproduktion in den Vereinigten Staaten wohl von 1008 Millionen Fass auf 902 Millionen Fass im Jahre 1930 zurück. Die Russen dagegen erhöhten auf Grund des Fünfjahresplans ihre Produktion ausserordentlich, so dass sich die Anteile an der Weltproduktion erheblich verschoben. Auf Amerika fielen im Jahre 1929 von der Welterzeugung noch 67,9 %, im Jahre 1930 = 63,8 %, auf die Sowjetunion 1929 = 6,7 %, 1930 = 9,7 Prozent, auf Venezuela 1929 = 9,3, 1930 = 9,6 %, auf Persien 1929 = 2,8 %, 1930 = 3 %, auf Mexico 1929 = 3 %, 1930 = 2,9 %, auf Niederl. Indien 1929 = 2,6 %, 1930 = 2,6 %, auf Rumänien 1929 = 2,3 %, 1930 = 2,9 %, auf Kolumbien 1929 = 1,4 %, 1930 = 1,4 %, auf Peru 1929 = 0,9 %, 1930 = 0,9 % und auf Deutschland 1929 = 0,07 %, 1930 = 0,07 %.

Es ist aber festzustellen, dass auf Grund der Drosselungsbeschlüsse die Weltproduktion in der siebzigjährigen Geschichte der Oelindustrie zum ersten Mal zurückging. Das wirkte sich aber auf die Vorräte nicht aus. Schon Anfang 1926 hatten die Erdölvorräte der Welt die bedenkliche Höhe von 520 Millionen Fass erreicht. Sie stiegen bis Anfang 1930 auf 682 Millionen und dann kam der katastrophale Preissturz: in kaum drei Monaten sank der amerikanische Benzinpreis um 40 %, der rumänische Preis ab Konstanza sogar um 50 %. An dieser Preisentwicklung hat neben den allgemeinen Krisenursachen auch die Rationalisierung der Produktion wesentlichen Anteil. Aus einem Fass Rohöl erzeugte man:

	Benzin	Leuchtöl	Heizöl	Schweröl
	(in Prozenten)			
1914	18	24	47	7
1929	39	6	45	4

In der Rationalisierung der Erdölindustrie spielt das Krackverfahren, durch das man unter hohem Druck und hoher Temperatur die Moleküle der Schwer-

öle in das wertvollere Benzin aufspaltet, eine grosse Rolle. 1918 wurden ers. 10.% des gesamten Benzins durch dieses Verfahren gewonnen, 1929 bereits mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion. Die Patente dieses Verfahrens stammen in der Hauptsache von der deutschen I.G. Farben, ebenso die Patente für das Hydrierverfahren (Kohlenverflüssigung). Hier handelt es sich um Anlagerung von Wasserstoff an die schweren Oele.

Auf dem deutschen Benzinmarkt haben sich die Dinge folgendermassen entwickelt: Das im Sommer 1928 gegründete Konditionskartell ist im September 1930 zusammengebrochen. Die hohen Kartellpreise in Deutschland lockten Aussen-seiter an, als die Benzinpreise auf dem Weltmarkt stark fielen. Vor allem jedoch wurden Preisvereinbarungen durch die Kartellnotverordnung unwirksam. Die drei angelsächsischen Konzerne (Standard Oil, Shell-Olex, Anglo-Persien) hatten jedoch weiterhin eine interne Vereinbarung. Allerdings waren starke Aussen-seiter dieser Vereinbarung nicht beigetreten, vor allem der Benzolverband (Schwerindustrie), der mit ca. 4 000 Tankstellen die stärkste inländische Gruppe auf dem Treibstoffmarkt bildet. Er hat sich mit Hilfe des russischen Benzinzivon den angelsächsischen Konzernen unabhängig gemacht. Mit ihm wurden zunächst die Verhandlungen über den Verkauf auf dem deutschen Markt geführt und zwar versuchte man zu einer Vereinbarung über eine quotenmässige Aufteilung der Einfuhr zu kommen. Die Russen hielten sich anfangs im Hintergrund und liessen den Benzolverband, mit dem sie einen langfristigen Lieferungsvertrag (bis 1933) geschlossen haben, verhandeln. Nun liegen die Dinge so, dass die Sowjetunion im kommenden Jahr ihre Oelproduktion von 17,2 Millionen auf 25,5 Millionen Tonnen steigern will. Als Markt für die Produktionssteigerung kommt vor allem Deutschland in Frage. Daraus erklärt sich die Forderung Russlands, seine Oeleinfuhrquote nach Deutschland auf 350 000 Tonnen zu erhöhen. Dem gegenüber wollen die Konzerne nur 200 000 Tonnen zugestehen. Die Russen haben in diesem Kampf eine starke Waffe, nämlich die langfristigen Lieferverträge mit deutschen Grossverbrauchern. Mit Hilfe dieser Waffe ist es schon möglich, die angelsächsischen Konzerne so weit zu bringen, dass sie mit den Russen über eine Erhöhung der Einfuhrquote irgendeine Vereinbarung treffen. Das würde im Grunde genommen das Ende des Kampfes um die Benzinpreise bedeuten und die Benzinpreise verteuern.

SPD. Die Gepag (Grosseinkaufs- und Produktions-A.G. deutscher Konsumvereine in Köln) verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 5 %. Das Unternehmen, das den Konsumgenossenschaftsgedanken vor allem in der katholischen Bevölkerung pflegt, bezeichnet den Verlauf des Geschäftsjahrs als zufriedenstellend. Der Umsatz stieg um 1,61 Millionen Mark (+ 2,22 % auf 74,144 Millionen Mark. Mengemässig dürfte eine Zunahme von 10 % zu verzeichnen sein. Auch die Produktionsbetriebe zeigten eine gleich günstige Entwicklung. Die Bankabteilung erzielte einen Umsatz von 196 Millionen Mark. Die Warenbestände werden niedrig, mit 600 000 Mark (gegenüber 1,062 Millionen Mark im Vorjahr) angegeben. Dagegen haben sich die Kassen- und Bankbestände von 910 000 auf 3,255 Millionen Mark erhöht. Die ausgewiesenen Reserven erreichen die Höhe von 1,985 Millionen Mark.

SPD. Der Ministerialrat Bogatsch (Reichswirtschaftsministerium) ist zum Präsidenten des Reichswirtschaftsgerichtes und zum Vorsitzenden des Kartellgerichts ernannt worden.

Kampf um den Oelmarkt.

SPD. Deutschland, das im Jahre 1930 etwa 170 000 Tonnen Oel gefördert hat und das wahrscheinlich schon im laufenden Jahr die 200 000-Tonnen-Grenze überschreiten wird, ist zu einer Zeit in die Reihe der Oelländer eingetreten, wo eine schlimme Krise die ganze Erdölindustrie erschüttert. Der Preis für Erdöl ist, wie die Preise für andere Rohstoffe, stark gefallen. Dagegen sind die Bestände angestiegen. Das wirkt sich auf den Markt aus und der Kampf um die Benzinpreise will nicht abreißen.

Die Weltproduktion an Erdöl erreichte im Jahre 1929 mit rund 1 484 Millionen Fass ihren Höhepunkt. Die Erdölindustrie, die in grossen internationalen Gruppen zusammengefasst ist, ergriff sofort angesichts einer steigenden Förderung und eines abnehmenden Verbrauchs Gegenmassnahmen, um ein Abstürzen der Preise zu verhindern. Die Führung lag durchaus bei den Nordamerikanern. Das 1928 zur Festsetzung einheitlicher Exportpreise gegründete amerikanische Petroleuminstitut schlug den Erzeugern in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Produktionseinschränkung im Ausmass von 10 % vor. Zweck war, die Exportpreise hoch zu halten. Gegenüber der Öffentlichkeit hing man sich ein nationales Mäntelchen um und behauptete, die Petroleumindustrie habe nationale Belange wahrzunehmen und müsse die sinkenden Erdölvorräte der nordamerikanischen Union schonen. Die Einschränkung wurde in den Vereinigten Staaten auch durchgeführt. Aber die Preise sanken weiter. Man hatte nämlich die Rechnung ohne die Russen gemacht. So ging die Erdölproduktion in den Vereinigten Staaten wohl von 1008 Millionen Fass auf 902 Millionen Fass im Jahre 1930 zurück. Die Russen dagegen erhöhten auf Grund des Fünfjahresplans ihre Produktion ausserordentlich, so dass sich die Anteile an der Weltproduktion erheblich verschoben. Auf Amerika fielen im Jahre 1929 von der Welterzeugung noch 67,9 %, im Jahre 1930 = 63,8 %, auf die Sowjetunion 1929 = 6,7 %, 1930 = 9,7 Prozent, auf Venezuela 1929 = 9,3, 1930 = 9,6 %, auf Persien 1929 = 2,8 %, 1930 = 3 %, auf Mexico 1929 = 3 %, 1930 = 2,9 %, auf Niederl. Indien 1929 = 2,6 %, 1930 = 2,6 %, auf Rumänien 1929 = 2,3 %, 1930 = 2,9 %, auf Kolumbien 1929 = 1,4 %, 1930 = 1,4 %, auf Peru 1929 = 0,9 %, 1930 = 0,9 % und auf Deutschland 1929 = 0,07 %, 1930 = 0,07 %.

Es ist aber festzustellen, dass auf Grund der Drosselungsbeschlüsse die Weltproduktion in der siebzigjährigen Geschichte der Oelindustrie zum ersten Mal zurückging. Das wirkte sich aber auf die Vorräte nicht aus. Schon Anfang 1926 hatten die Erdölvorräte der Welt die bedenkliche Höhe von 520 Millionen Fass erreicht. Sie stiegen bis Anfang 1930 auf 682 Millionen und dann kam der katastrophale Preissturz: in kaum drei Monaten sank der amerikanische Benzinpreis um 40 %, der rumänische Preis ab Konstanza sogar um 50 %. An dieser Preisentwicklung hat neben den allgemeinen Krisenursachen auch die Rationalisierung der Produktion wesentlichen Anteil. Aus einem Fass Rohöl erzeugte man:

	Benzin	Leuchtöl	Heizöl	Schweröl
	(in Prozenten)			
1914	18	24	47	7
1929	39	6	45	4

In der Rationalisierung der Erdölindustrie spielt das Krackverfahren, durch das man unter hohem Druck und hoher Temperatur die Moleküle der Schwer-

öle in das wertvollere Benzin aufspaltet, eine grosse Rolle. 1918 wurden erst 10 % des gesamten Benzins durch dieses Verfahren gewonnen, 1929 bereits mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion. Die Patente dieses Verfahrens stammen in der Hauptsache von der deutschen I.G. Farben, ebenso die Patente für das Hydrierverfahren (Kohlenverflüssigung). Hier handelt es sich um Anlagerung von Wasserstoff an die schweren Oele.

Auf dem deutschen Benzinmarkt haben sich die Dinge folgendermassen entwickelt: Das im Sommer 1928 gegründete Konditionskartell ist im September 1930 zusammengebrochen. Die hohen Kartellpreise in Deutschland lockten Aussen-seiter an, als die Benzinpreise auf dem Weltmarkt stark fielen. Vor allem jedoch wurden Preisvereinbarungen durch die Kartellnotverordnung unwirksam. Die drei angelsächsischen Konzerne (Standard Oil, Shell-Olex, Anglo-Persien) hatten jedoch weiterhin eine interne Vereinbarung. Allerdings waren starke Aussen-seiter dieser Vereinbarung nicht beigetreten, vor allem der Benzolverband (Schwerindustrie), der mit ca. 4 000 Tankstellen die stärkste inländische Gruppe auf dem Treibstoffmarkt bildet. Er hat sich mit Hilfe des russischen Benzinvon den angelsächsischen Konzernen unabhängig gemacht. Mit ihm wurden zunächst die Verhandlungen über den Verkauf auf dem deutschen Markt geführt und zwar versuchte man zu einer Vereinbarung über eine quotenmässige Aufteilung der Einfuhr zu kommen. Die Russen hielten sich anfangs im Hintergrund und liessen den Benzolverband, mit dem sie einen langfristigen Lieferungsvertrag (bis 1933) geschlossen haben, verhandeln. Nun liegen die Dinge so, dass die Sowjetunion im kommenden Jahr ihre Oelproduktion von 17,2 Millionen auf 25,5 Millionen Tonnen steigern will. Als Markt für die Produktionssteigerung kommt vor allem Deutschland in Frage. Daraus erklärt sich die Forderung Russlands, seine Oeleinfuhrquote nach Deutschland auf 350 000 Tonnen zu erhöhen. Dem gegenüber wollen die Konzerne nur 200 000 Tonnen zugestehen. Die Russen haben in diesem Kampf eine starke Waffe, nämlich die langfristigen Lieferverträge mit deutschen Grossverbrauchern. Mit Hilfe dieser Waffe ist es schon möglich, die angelsächsischen Konzerne so weit zu bringen, dass sie mit den Russen über eine Erhöhung der Einfuhrquote irgendeine Vereinbarung treffen. Das würde im Grunde genommen das Ende des Kampfes um die Benzinpreise bedeuten und die Benzinpreise verteuern.

SPD. Die Gepag (Grosseinkaufs- und Produktions-A.G. deutscher Konsumver-eine in Köln) verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 5 %. Das Unternehmen, das den Konsumgenossenschaftsgedanken vor allem in der katholischen Bevölkerung pflegt, bezeichnet den Verlauf des Geschäftsjahrs als zufriedenstellend. Der Umsatz stieg um 1,61 Millionen Mark (+ 2,22 % auf 74,144 Millionen Mark. Mengenmässig dürfte eine Zunahme von 10 % zu verzeichnen sein. Auch die Produktionsbetriebe zeigten eine gleich günstige Entwicklung. Die Bankabteilung erzielte einen Umsatz von 196 Millionen Mark. Die Warenbestände werden niedrig, mit 600 000 Mark (gegenüber 1,062 Millionen Mark im Vorjahr) angegeben. Dagegen haben sich die Kassen- und Bankbestände von 910 000 auf 3,255 Millionen Mark erhöht. Die ausgewiesenen Reserven erreichen die Höhe von 1,985 Millionen Mark.

SPD. Der Ministerialrat Bogatsch (Reichswirtschaftsministerium) ist zum Präsidenten des Reichswirtschaftsgerichtes und zum Vorsitzenden des Kartellgerichts ernannt worden.

Weiter knappes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 8. April.)

SPD. Das Angebot an promptem Weizen und Roggen an der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch weiter gering. Auf der anderen Seite hat indessen auch die Kauflust der Mühlen merklich nachgelassen, da das überaus schleppende Mehlgeschäft keine Veranlassung zu grösseren Anschaffungen gibt. Trotzdem konnten sich die Preise am Lokomarkt behaupten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren dagegen Preisrückgänge von etwa 2 bis 3 Mark für Weizen und etwa 3 bis 4 Mark für Roggen zu verzeichnen. Massgebend hierfür war stärkeres Verkaufsbedürfnis der Provinz, wo man anscheinend bestrebt ist, die in den letzten Tagen stark gestiegenen Preise mitzunehmen. Der Mehlabatz ist vollkommen ins Stocken geraten. Das Angebot erfolgt zu unveränderten Preisen; jedoch wird über den dringendsten Tagesbedarf hinaus nichts gekauft. Hafer hatte bei kleinen Umsätzen stetige Tendenz.

7. April 8. April
(ab märkische Station in Mark)

Weizen	288 - 290	288 - 290
Roggen	187 - 189	187 - 189
Braugerste	229 - 240	229 - 240
Futter- und Industrierogerste	212 - 228	212 - 228
Hafer	167 - 171	167 - 171
Weizenmehl	34,75-40,50	34,75-40,50
Roggenmehl	26,50-29,50	26,50-29,50
Weizenkleie	13,30-13,60	13,30-13,60
Roggenkleie	13,10-13,40	13,25-13,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 303-302 (Vortag 304), Juli $300\frac{3}{8}$ -299 $\frac{1}{4}$ ($301\frac{1}{2}$), September 255-254 (257). Roggen Mai $201\frac{1}{2}$ -200 $\frac{1}{2}$ ($203\frac{3}{4}$), Juli 197-196 ($200\frac{1}{2}$), September 187-186 ($189\frac{1}{2}$), Hafer Mai 181-180 ($182\frac{1}{4}$), Juli $191\frac{1}{2}$ -189 (192), September $174\frac{1}{2}$ -174 $\frac{1}{4}$ (-).

Berliner Viehmarkt.

(8. April)

SPD. Auf dem Schweinemarkt gingen die vor den Festtagen erzielten Preissteigerungen zum Teil verloren. Der Auftrieb war ziemlich stark, so dass sich nur schwaches Geschäft entwickelte. Besser sah es auf dem Rindermarkt aus, wo das Angebot mehr der Nachfrage entsprach. Aber auch hier füllte das Geschäft gegen Schluss ab. Der Kälbermarkt zeigte anziehende Preise, ebenso der Hammelmarkt, wo das Angebot knapper gehalten war.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 32-38 (voriger Markt 32-37), b) 27-31 (26-31), c) 21-26 (21-25), d) 18-20 (18-20), Kälber: a) - (-), b) 68-76 (65-73), c) 58-70 (55-68), d) 38-53 (38-50), Schweine: a) (über 300 Pfund) 45-46 (48), b) (240-300 Pfund) 45-46 (49-50), c) (200-240 Pfund) 44-46 (48-50), d) (160-200 Pfund) 41-45 (46-50), e) (120-160 Pfund) 38-41 (44-47), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 40-41 (43).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 8. April 1931.

In Stalino.^x

SPD. Im Frühling des Jahres 1921 war die kurze, volksbeglückende Zeit des freien und unabhängigen Georgien vorbei. Als die Natur unter der südlichen Sonne auferstand, sank die Kultur in Trümmer, und das heimattreue Volk schlich, von dem bolschewistischen Einfall zu Tode erschreckt, verängstigt durch die von Grauen erfüllten Strassen absterbender Städte. - -

Für seine Kürze reichlich mühsam schleppte sich ein Eisenbahnzug durch die zerklüfteten Pässe des kaukasischen Hochgebirges. Als er den Suramischen Tunnel verliess, lief er langsam und majestätisch, als wäre er sich bewusst, zum seltenen Ereignis geworden zu sein, und um den Beschauern Zeit zu seiner Bewunderung zu lassen, auf den Bahnhof von Chaschuri ein. Ueber das kleine Städtchen, das tief eingebettet lag zwischen den Felsriesen des Kaukasus, die schroffe natürliche Grenze Ost- und Westgeorgiens, breitete sich die friedliche Abenddämmerung des orientalischen Frühlings. Unter dem klaren Violett des von wuchtigen Bergen begrenzten Himmels bewegte ein lauer Wind den milden Duft schlafender Frühlingsblumen. Aus dem Städtchen drang kein Laut. Hier dachte niemand an blutige Revolution; der Bergfriede schützte vor Zwietracht; hier musste das Völkchen in beschaulicher Zufriedenheit leben. - So währte der Fremde.

Diese wohltuenden Gedanken aber verscheuchte jählings das Bild auf dem kleinen, primitiven, altrussischen Bahnhof. Da, wo einst "Chaschuri" in georgischen Buchstaben die Station bezeichnet hatte, prangte grell und aufdringlich in russischer Schrift der Name "Stalino". Das kaukasische Bergvolk der Oseten hatte sich schnell und in billiger Begeisterung für seinen Abkömmling und Revolutionsführer "Soso Dschugaschwili", genannt "Stalin", um die blutroten Fahnen des Bolschewismus geschart, der ihnen die Freiheit und die Ungesetzmässigkeit, die ihre Vorfahren mit nomadenhafter Lust genossen hatten, versprach. An Stalins Vater Beso Bissarion konnten sich die alten Leute von "Stalino" noch gut erinnern. Die Oseten waren bei den Georgiern nie beliebt, weil sie, geschützt durch die schier undurchdringliche Bergwelt, stets nach ihrer Weise lebten und mit der modernen, auch an das Hochgebirge pochenden Zivilisation gern auf dem Kriegsfusse standen. Der Georgier, der gezwungen war, unter den Oseten oder Osi, wie sie kurz genannt wurden, zu leben, fühlte sich immer als ein unglückliches Opfer für die Kultur.

Zwischen den wenigen Reisenden und Schaulustigen wanderten in Ueberzahl die bolschewistischen Agenten der Tscheka und der proletarischen "Miliz" auf dem kleinen Bahnsteig argwöhnisch hin und her. Die Tschekisten trugen um schwarze Lederhemden breite Leibriemen, in denen Pistolen von mittelalterlicher Grösse steckten. Die Milizionäre, die die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit, wie sie Stalin auffasste, schützten, wiesen sich durch grosse, runde Hüte und Militärgewehre, die sie mit dem Kolben nach oben lässig um die Schultern hängen hatten, aus. Unter langen, schmutzigen, aufgeknöpften Schafsfellmänteln hingen an schmalen Gürteln grosse, breite Dolche.

Lange hielt der Zug. Von dem lästigen Zwang eines Fahrplanes schienen seine Führer befreit zu sein. Die Reisenden fügten sich notgedrungen in die Langeweile und vertraten sich ihre steifen Glieder. Auf ihren Gesichtern lag gramvolles Schweigen. Ihre ängstlichen Blicke wichen den ungewohnten und nicht gerade Vertrauen erweckenden Vertretern einer neuen, ungerufenen Staatsgewalt

aus' und schienen zu beweisen, dass sie keine Oseten waren. Wer war sonst schon noch Bolschewist in Georgien!

Nur eine kleine Gruppe georgischer Studenten wagte es, sich leise zu unterhalten und dann und wann einen scheelen Blick auf die patrouillierenden Sowjetpolizisten zu werfen, die im Eifer ihrer ungewohnten staatlichen Würde und im Bewusstsein ihrer despotischen Macht nach Opfern spähten, die die Diktatur des Proletariats nun einmal zu ihrer Beständigkeit brauchte. Durchdringende, geringschätzig musternde Blicke trafen die Studenten. Immer dichter um sie herum schloss sich der Kreis der beobachtenden, missgünstig horchenden Polizisten. Die übrigen Reisenden sahen verstohlen zu und erwarteten mit ängstlicher Spannung den unzweifelhaft tragischen Ausgang der Szene.

Da plötzlich ergriffen brutale Hände einen Studenten und schleppten den zu Tode erschrockenen, völlig widerstandslosen Jüngling mit sarkastisch und sieghaft grinsenden Fratzen nach der Tschekawache, in den Bahnhof.

"Bruder, Bru- u- u- der! - - Barbaren!" - Grausig kreischend, von tödlichem Schmerz erfüllt und in Entsetzen aufgelöst, schrie es ein Mädchen und versuchte, die Arme verlangend vorgestreckt, dem Bruder nachzueilen. Zärtlich besorgt, aber schreckhaft, erbleichten Antlitzes hielten die atemlosen Eltern das sich wie wahnsinnig gebärdende Mädchen fest. Noch gaben die nahen Felswände das unheimliche Echo wieder, als ein kleiner, hässlicher Russe, wie aus der Erde gewachsen, mit der Pistole in der Hand sich in Heldenpose vor das Mädchen stellte. Das war kein Mensch mehr, nur eine scheussliche Bestie. Sein Gesicht war von Narben zur teuflischen Grimasse entstellt. Unter den tierisch lüsternden Augen sass eine breite, gequetschte, aufgestülpte Nase. Lange Beine und lange Arme hingen an einem kurzen, höckrigen Körper.

"In mein Zimmer!" herrschte er das plötzlich in Erstaunen verlorene Mädchen an und zeigte mit der linken Hand in die befohlene Richtung.

"Vater! Mutter! Hilfe!" Fest klammerte sich das Mädchen unter gellendem Schrei mit Händen und Füßen an den Vater, einen alten, kleinen Mann in schneeweissem Haar. In grimmigem Zorn über die Nichtbeachtung seiner Macht griff der Russe zu. Das Mädchen fiel ohnmächtig zu Füssen der in die Arme des Vaters wankenden Mutter. Der Tschekist fasste das fast leblose, erstarrte Geschöpf um die Hüften und trug es mit raschen Schritten in das "Folterzimmer", die Wachtstube der Tscheka. Ein anderer Tschekist befahl dem Zugführer, sofort abzufahren. Als der Zug sich in Bewegung setzte, schauten die Reisenden mit Tränen in den Augen, von Mitleid und Schreck erschüttert, aus den Fenstern auf den alten Vater, der auf dem Bahnsteig stehen geblieben war und fest den hilflosen Körper der Mutter an sich presste. Aus seinen nach dem Folterzimmer gerichteten, wehmütigen Augen fielen die Tränen in das graue Haar seines Weibes.

Joseph Jremaschwili

Die Bar auf der Donau.^X

SPD. So sonderbar es sich auch anhört: zwischen England und der Tschechoslowakei kommt es zu einem "diplomatischen Konflikt". Es heisst sogar, die Sache käme vor den Völkerbund, obwohl das Streitobjekt der Affaire nicht eine Inselgruppe ist, sondern nur ein Schiff, dessen Einrichtung freilich etwas eigenartig zu nennen ist. Der Bevölkerung von Pressburg, der Donaustadt der Tschechoslowakei, ist dieses Schiff, das am verkehrsreichsten Punkte des Donaukorsos verankert liegt, wohl bekannt. Es ist kein gewöhnlicher Donaudampfer, sondern eine regelrechte Seejacht, die das Mittelmeer, den Bosphorus und das Schwarze Meer befahren hat und auf der Donau fuhr, stromaufwärts bis nach Pressburg. Der Besitzer der Jacht mag ein Mensch sein, ähnlich dem Alain Gerbault, der im vorigen Jahre seine Seeirrfahrten beendete und kürzlich den Orden der Ehrenlegion ins Knopfloch bekam. Die Jacht aber, die vor sechs Jahren in Pressburg vor Anker ging, hisste die englische Flagge, und ihr Besitzer, den einsa-

mer Fahrten auf Meeren und Strömen überdrüssig, verzichtete auf weitere Abenteuer. Es schien, als ob in ihm die Macht des Geschäfts die Oberhand gewonnen hätte; seit sechs Jahren setzte er keinen Fuss mehr aus Pressburg heraus.

Der englische Handelsschiffkapitän a.D., der der Besitzer der Jacht ist, brachte nämlich eine ansehnliche Ladung von echtem schottischen Whisky nach Pressburg. Bald ging in Pressburg und Umgebung die Nachricht um: was für guten Whisky der Kapitän besässe, und dass er ihn mit Freuden auf seinem Schiff zum Ausschank brächte. Die Ankunft des Kapitäns wurde also eine regelrechte Sensation für Pressburg, und es gab kaum jemanden, dem es nicht darum zu tun war, mit ihm Freundschaft zu schliessen, um seine kräftigen Getränke kosten zu können. So kam der Kapitän auf den Gedanken, auf dem Schiff eine Schenke zu eröffnen. Er liess die Jacht mit einer Brücke ausrüsten, die das Schiff mit dem Donaukurs verbinden sollte. Die inneren Räume waren schon an und für sich auf das behaglichste ausgestattet, und bald tranken von Tag zu Tag mehr Gäste den Whisky des Kapitäns.

Nach einer Weile war es aus mit dem Whisky. Doch der Kapitän sorgte dafür, dass bald neue Ladungen eintrafen. Auf dem Festland engagierte er Kellner und importierte sie auf die Jacht. Im Laufe der Zeit liess er sogar seine Räume umbauen. Den Anforderungen entsprechend, richtete er ein Winterrestaurant ein und eröffnete eine Bar. Im Sommer speisten die Gäste auf dem mit Lampions ausgeschmückten Deck; sie tranken auch da und fühlten sich ausserordentlich wohl. Selbst ein Klavier war schon auf dem Schiff und zuletzt sogar auch Radio. Und das Geschäft gin; immer besser und besser, denn das Publikum hatte die Jacht des Kapitäns ins Herz geschlossen.

Im verflossenen Winter geschah allerdings ein kleines Malheur. Treibeis beschädigte die Jacht, ja, beinahe brachte es sie zum Sinken. Doch der Kapitän stand auf seiner Kommandobrücke und rettete das Schiff, so gut es ging. Er liess es nach dieser Havarie neu instand setzen, und es ging darauf wieder so lustig zu wie zuvor. Allabendlich hörte man fröhliche Musik von der "Terrasse" der Bar, vom Deck und aus den inneren Räumen. Abwechselnd ertönte Klavierspiel, Zigeunermusik und Radio auf der Jacht, die bereits zum 5 Uhr-Tee Pressburgs elegante Welt vereinte. - Und als das Geschäft am flottesten ging....

...nach sechs Jahren ungestörten Wirkens erschien unerwartet ein Steuerbeamter in der Schiffsbar und suchte den Besitzer. Die Pressburger Cafetiers und Vergnügungslokalbesitzer wollten sich mit der ihrer Ansicht nach unlauteren Konkurrenz des Engländers nicht abfinden, und auf ihren energischen Protest hin nahmen die Behörden die Besteuerung des Engländers vor. Als der Kapitän mit der kurzen Pfeife im Mund erschien, überreichte ihm der Steuerbeamte einen inhaltsschweren Zahlungsbefehl, worin ihn das tschechische Finanzamt zur Zahlung von Ausschankgebühren und verschiedenen Steuern aufforderte. Der Engländer besah sich ruhigen Gemüts die Steuermahnung und erklärte kurz und bündig: "Zahle nicht!"

Unverrichteter Dinge entfernte sich der Steuereinnnehmer. Doch nur, um am nächsten Tage mit zwei Kollegen zurückzukehren und mit ihrer Hilfe das Schiff und die Getränke des Engländers für die rückständigen Steuern zu pfänden. Das brachte den Engländer doch aus seiner Ruhe. Er lief aufs Steueramt. Dort erklärte man ihm: "Sie müssen hier dieselben Steuern zahlen, die von allen Pressburger Cafetiers entrichtet werden."

"Kommt garnicht in Frage," rief der Kapitän temperamentvoll aus. "Ich bin englischer Staatsbürger. Wie komme ich dazu, einem fremden Staate Steuern zu zahlen! Ausserdem protestiere ich ganz energisch dagegen, dass amtliche Personen mein Schiff betreten. Meine Jacht befindet sich auf der neutralen Donau, und die englische Flagge flattert daran. Daher wiederhole ich, dass ich nicht gewillt bin, zu zahlen."

Der Beamte stutzte einen Augenblick. Denn die Donau ist wirklich neutral; der Engländer hatte die Wahrheit gesagt. Nach kurzer Ueberlegung fragte der Beamte den Kapitän: "Mit einem Wort, ist Ihre Schiffsbar Ihrer Ansicht nach

englischer Boden?!"

"Ganz und gar!" antwortete der Kapitän.

"Nun, wenn Sie nicht zahlen wollen, was Sie dem tschechischen Staate schulden", erwiderte feierlich der Steuerinspektor, "dann müssen wir eben der Polizei über den Fall berichten. Und die Polizei wird sicherlich dafür sorgen, dass die Gäste Ihr Schiff nur mit englischem Visum betreten dürfen."

"Ich bestehe aber nicht auf dem englischen Visum!"

"Dann bestehen wir darauf, dass Sie ohne tschechisches Visum Ihre Jacht nicht verlassen dürfen."

Der Engländer verliess ohne Resultat das Steueramt, und sein erster Schritt war, bei der Prager diplomatischen Vertretung Englands eine schriftliche Beschwerde dagegen einzureichen, dass der tschechische Staat ihn, trotzdem er auf der neutralen Donau lebt, besteuern wolle, und dass man sein Schiff gepfändet hätte. Er will ganz ernstlich, wenn man ihm sein Recht auf diesem Wege nicht zusprechen sollte, den Schutz des Völkerbundes anrufen und eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob er sein Geschäft in der früheren Form weiterbetreiben darf oder nicht.

-osi.

Rhythmus der Arbeit.^x

SPD. Ein strahlender Frühlingsmorgen ist angebrochen. Hell und warm liegt die Sonne auf den grauen Häuserwänden. Die ganze Stadt mit ihren Dächern, ihren Türmen und Fabriken ist wie in ein Meer von Licht getaucht. In den Büschen und Bäumen des Parkes, der sich wie eine grüne, lebende Insel inmitten der steinernen Strassen ausbreitet, lärmten mit tausendfachen Stimmen die Vögel ihre Morgenlieder. Auf allen Strassen ertönen die harten Schritte der Arbeiter, die in den Tag hinein, zur Werkstatt und in die Fabrik ziehen. Endlos sind diese Schritte, und immer schneller wird ihr Takt, immer eiliger, bis die grauen Arbeitsmänner hinter den eisernen Toren der Fabriken verschwunden sind. Dann stossen die Sirenen wie die Stimmen vorsintflutlicher Tiere in die Morgenstille hinein und zerreißen sie mit ihren heulenden Schreien. Dumpf und hart - hell und spitz.

Und nun beginnt mitten in diesem heiteren, strahlenden Frühlingsmorgen, der die ganze grosse Stadt mit seiner Wärme erfüllt, der nüchterne, monotone Arbeitstag. Der Arbeitstag der vielen, namenlosen Millionen, der nicht fragt, ob es Frühling ist oder Herbst oder Winter.

Mit dem Aufruf der Sirenen beginnt überall der Rhythmus der Arbeit wachzuwerden und emporzusteigen wie ein dumpfes Rollen, das durch die ganze Stadt zittert. Auf tausend und abertausend Schaltern und Hebeln ruht die Hand des Arbeiters, und bei ihren kleinen, winzigen Griffen setzen sich Maschinen und Motoren in Bewegung, wie willige, gehorsame Tiere. Aus Fabrikhallen, aus allen Werkkräumen steigen die Geräusche der Arbeit auf. Das helle, surrende Dröhnen der elektrischen Motoren, Klappern und Poltern, stampfendes Geklirr der Maschinen, das Zischen des Dampfes, die dumpfen Kolbenstösse, das endlose Rollen der Turbinen - das alles vereint sich und fliesst zusammen zu einem einzigen, grossen Blutschlag der Arbeit, der durch das ganze Land geht. Geh hinein in die Hinterhäuser, dorthin, wo die grauen Mauern der Werkstätten aufsteigen! Geh an den Fabrikmauern entlang! Ohne Unterbrechung ertönt das harte, erbarmungslose Lied der Arbeit. Hobelgeknirsch und Feilenstrich, das Kreischen der Bandsägen, der wuchtige Schlag des Hammers, das Klopfen der Niethämmer, das dumpfe Zischen der Pressluftgebläse sind die Melodien, die sich zu einer gewaltigen, brausenden Symphonie zusammenfügen. Das ist das ewige, eiserne Lied, das Jedem der grauen Millionen Tag für Tag im Schädel liegt. Tag für Tag. Das ihn bis in seine Feierstunden, bis in seinen Schlaf hinein verfolgt. Das ganze Leben, ruhelos nur ein und dasselbe Lied, immer der gleiche stampfende, schleifende, po-

chende Rhythmus der Arbeit. Wie er die Mauern der Fabriken erschüttert! Wie er die Menschen, die mit ihm verflochten sind, mit seiner ewigen Gleichförmigkeit langsam alt und müde macht! -

Ein strahlender Frühlingsmorgen liegt über der Stadt. Die Lieder der Vögel sind verstummt vor diesem grossen, eisernen Liede. Aber die vielen Millionen, um die es erklingt, um die es braust und hämmert, wissen, dass es auch das Lied ihres Kampfes um ein besseres Morgen, um eine freie Erde, um ein neues Menschentum ist!

Caliban.

Rom in Afrika.^x

SPD. Eine Reise in Nordafrika, besonders nach Algerien, erschliesst die Möglichkeit, nicht nur ein Volk und eine Kultur, sondern die verschiedensten Volksstämme und die Ueberreste der verschiedensten Kulturen kennen zu lernen. Dieser Landstreifen, der so viel natürliche Schönheit besitzt, war stets die Beute der Eroberungslust gewesen, und wenn seine Urbewohner, die Berber, auch heute noch in das Völkermosaik von Algerien hineingehören, so haben sie sich doch im Laufe der Jahrhunderte den verschiedensten Eroberern anpassen müssen.

Die ersten waren die Phoenizier, die hier Karthago gründeten, aber sich gegen die Uebermacht Roms nicht halten konnten. Dann kamen die Römer und blieben hier vier Jahrhunderte lang. Nordafrika war für sie die Kornkammer und zugleich ein wichtiger strategischer Stützpunkt, denn, solange sie hier festsassen, brauchten sie keine Ueberfälle von Afrika her zu befürchten. Sie gründeten grosse, ausgedehnte Städte, die sie nach dem Vorbild Roms gestalteten. Diese Städte waren teils von römischen Beamten und Soldaten bewohnt, teils von Berbern, die sich schnell die römische Kultur aneigneten, wenigstens in ihren äusseren Auswirkungen. Alle römischen Städte jener Zeit glichen einander durch die Lebensweise ihrer Bewohner, die die bürgerlichen und die staatsmännischen Tugenden auf den ersten Platz stellte, durch die Vergnügungen, denen man huldigte, und zu denen das Theater, der Zirkus und die Bäder gehörten. Das Forum - der Markt - war der Brennpunkt des politischen und sozialen Lebens, ein wesentlicher Bestandteil jeder dieser Städte. Tempel erhoben sich allerorts und auch Triumphbögen zum Ruhme der grossen Kaiser, besonders hier in den Provinzen, wo man den Eingeborenen täglich und stündlich die Macht Roms vor Augen halten wollte. Aber Roms Macht war vergänglich, und heute liegen die Städte, die in Afrika von den Römern gegründet wurden, in Schutt zerfallen. Die Ausgrabungen bringen die Ruinen dieser stolzen Städte ans Licht und erlauben dem Forscher, das Leben jener Tage zu rekonstruieren.

Djemilla und Timgad sind solche wohl erhaltenen Ruinenstädte, in denen man stundenlang unter Mauern, Säulen, Triumphbögen wandern, den Halbkreis des Theaters bewundern und auch ein gut erhaltenes Taufbecken aus der christlichen Zeit Roms besichtigen kann. Still und tot liegen die Ruinen dieser Stadt, in der sich das regste Leben abgespielt haben muss, und Eidechsen hüpfen über die heissen Steinplatten des Pilasters; selten nur kommt ein Tourist, um hier eine Begegnung mit Rom zu feiern. Eine melancholische Begegnung fürwahr! Wenn man an Trajans Triumphbogen in Timgad rastet, sieht man im Geiste wie in einem fernen Nebel den Arc de triomphe zu Paris und noch ferner, noch undeutlicher vielleicht das Brandenburger Tor auftauchen. Wie gross und mächtig war die römische Kultur gewesen, und wie schnell zerfiel sie von innen heraus, noch lange bevor der Feind kam, um wirklich auf eine recht barbarische Art die Kunst- und Architekturschätze Roms zu zerstören! Man darf sich darüber nicht täuschen, dass Rom und seine Macht in Afrika längst gestürzt waren, bevor sich die Vandalen über das Land ergossen. Die Eingeborenen, die sich scheinbar den Römern unterworfen hatten und mit seine Kultur verschmolzen waren, hatten eigentlich

nur seine Zivilisation übernommen und blieben versteckte und rachsüchtige Feinde der römischen Herrschaft.

Welch sonderbarer und geheimnisvoller Volksstamm sind doch diese Berber! Aus geheimnisvollen Tiefen der Geschichte aufsteigend, lassen sie über sich Rom, die Vandalen, die Byzantiner, die Araber, die Türken und die Franzosen ergehen, nehmen scheinbar von allen Eroberern ihre Kultur an, lassen sich sogar von den Arabern die unversöhnlich bekämpfte islamische Religion aufzwingen und bleiben dennoch als selbständiges Volk bestehen, schmelzen mit keinem Eroberer-volk zusammen, sind beinahe so unverwüstlich wie die Juden. Heute sind es die Kabylern, einer der Stämme der Berber, der sich hin und wieder in den Bergen aufständisch zeigt, wie die Rifkabylen, und gleichzeitig in Algerien am raschesten die französische Kultur übernimmt. Kultur oder Zivilisation? Es ist schwer eine Grenze zu ziehen. Sie übernehmen die Sprache, die Kleidung, die Sitten; sie sind das brauchbarste einheimische Element in der Landwirtschaft und in der Industrie, und sie überströmen bereits Marseille und Paris. Den Koran, der ihnen nie in Fleisch und Blut übergegangen ist, streifen sie leicht ab und werden, zumindest äusserlich, Franzosen. Aber auf den Ruinen von Tingad müssen wir jener Berber gedenken, die vor unzähligen Jahrhunderten, um die Zeit von Christi Geburt, Römer wurden. Heute schicken die Kabylern, die in Frankreich in den Fabriken arbeiten, tausende und abertausende Franken nach den Heimatdörfern, und ihr Landbesitz vergrössert sich zusehends. In Tingad auf den Ruinen des Forums denken wir an jene Berber, die in dieser Stadt wohnten, aber grossen Grundbesitz ausserhalb der Stadt als Eigentümer bewirtschafteten. Als Roms Weltreich ins Wanken kam, fand es in diesen frisch latinisierten Bürgern nicht nur keine Stütze, sondern Aufständische und Rebellen.

Noch in einer andern Form begegnen wir Rom in Afrika, und auch diese Begegnung ist tief ergreifend. In der heutigen Stadt Cherchell, in der Nähe Alger's, finden wir die Ueberreste jener Stadt Cäsarea, die die Hauptstadt des selbständigen Mauretaniens zur Zeit des Kaisers Augustus war. Nicht nur die Geschichte dieser Stadt ist ergreifend, sondern auch die ihres Herrschers Juba II., eines äthiopischen Fürsten, der in Roms Gefangenschaft aufgewachsen war, aber Roms Kultur über alles liebte. Als er von Augustus als Herrscher von Mauretaniens eingesetzt wurde und durch ein Machtwort des Kaisers die Tochter der Kleopatra, die ebenfalls in Roms Gefangenschaft aufgewachsen war, zur Frau erhalten hatte, schuf er mit ihr zusammen ein zweites Rom. Juba II. war ein vornehmer Kunstkenner und besass herrliche Sammlungen von Skulpturen, die aus Nachbildungen bedeutender griechischer Kunstwerke bestanden. Die Vandalen haben diese Sammlungen nicht verschont, und die Araber, denen es der Koran verbietet, Abbildungen lebendiger Wesen gelten zu lassen, schlugen sie nicht weniger energisch in Trümmer. Dann wuchs Gras über die Treppen des Theaters; eine neue Stadt entstand nach vielen Jahrhunderten, und man grub die verstümmelten griechischen Götter, Göttinnen, Heroen, Nymphen, die römischen Imperatoren und Juba II., der allerdings die Nase eingebüsst hatte, aus, um sie in einem Museum zur Schau zu stellen.

Dieses durch ein Zauberwort in Afrika entstandene Rom war ein Werk der Liebe, einer Liebe freilich, die nicht lange erwidert wurde, denn bereits der Sohn von Juba II., Ptolemäus, wurde auf Befehl des Kaisers Caligula ermordet und Mauretaniens in eine römische Provinz verwandelt. S.K.

SPD. Der Selbstmörder.^X "Gestern hat man die Leiche eines Ertrunkenen aus der Moskwa gezogen. Spuren, die auf einen gewaltsamen Tod schliessen lassen, wurden bei ihm nicht entdeckt. Mit Ausnahme von zwei Anteilscheinen der letzten Staatsanleihe...."

Bildungskrise der Gegenwart?

SPD. Zum vierten Male veranstaltet Davos in diesen Tagen "Internationale Hochschulkurse", deren bewährte wissenschaftliche Leitung, wie in früheren Jahren, in den Händen von Professor Gottfried Salomon (Frankfurt a.M.) liegt. "Wir irritieren die Welt," so warnt Salomon in seinen Einführungsworten, "durch unsre Selbstkritik, indem wir von Krisis sprechen, wo es sich nur um den Wandel von Formen und Strukturen handelt, wie er nach politischen und sozialen Wandlungen selbstverständlich ist. Darum soll hier auch in erster Linie von Erwachsenenbildung gesprochen werden, von der neuen Lehrer-, Beamten- und Arbeiterbildung, - - positiven Leistungen also, die Deutschland vorzuweisen hat."

Trotz aller vermittelnden Worte liess sich der tatsächliche Krisencharakter des Bildungsideals doch nicht verdecken. Sehr schnell prallten auf dieser Tagung, deren Gesamtthema "Erziehung und Bildung" lautet, die Gegensätze scharf aufeinander. Der Festvortrag des früheren preussischen Kultusministers Becker über "Wissenschaft und Bildung", mit dem der Kongress eröffnet wurde, basierte noch ganz auf dem humanistischen Bildungsideal, das auf Persönlichkeitsbildung auf Entwicklung zum Vollmenschentum abzielt.

Auch Frau Dr. Gertrud Bäumer hält an dem humanistischen Bildungsziel fest das sie im grossen und ganzen auch auf die Frauenbildung erstreckt sehen möchte. "Probleme der Frauenbildung infolge des Dualismus des Frauenlebens in Beruf und Ehe" lautet das Thema ihres Kongressvortrages. Ob diese Doppelstellung der Frau eine spezielle Ausbildung erfordere, ist die erste Frage, die sie aufwirft und in dem Sinne beantwortet, dass wir von der Schulbildung überhaupt eine zu grosse Sicherung des Lebens erhoffen. Man kann und soll zwar auf allen Stufen der Mädchenbildung die Technik der Haushaltsführung und Kinderpflege lehren, aber eine Vorbereitung auf die Ehe sei das noch lange nicht. Diese gehöre so sehr einer Sphäre völliger Eigengesetzlichkeit an, dass man auf sie überhaupt nicht wirklich vorbereiten kann; man kann von ihr kein Phantom machen; alle diesbezüglichen Versuche sind wie Schwimmübungen an Land. Ueberhaupt brauchten wir uns um eine spezielle Mädchenausbildung, die durch die spätere Doppelstellung der Frau bedingt sein könnte, keine allzu grosse Sorge zu machen. Man solle die Polarität der Geschlechter sich ruhig am gleichen Kulturgut entfalten lassen, denn wenn die Schule erst einmal jene Umgestaltung erfahren wird, die ihren ganzen Betrieb stärker aufs Aktive verlegt, so wird sich die rechte Mädchenausbildung schon von selber entfalten. Der Dualismus des Frauenlebens erforderte weniger Berücksichtigung während der Ausbildungszeit als später in Beruf und Ehe. Müssen wir uns da für alle Zeiten mit einem Entweder - Oder abfinden? Die Frau nur als Hausfrau oder so in das Berufsleben eingespannt, dass für die Familie nichts mehr übrig bleibt? Sollte es nicht möglich sein, zu einem Kompromiss zu kommen und für die berufstätige Frau Teilbeschäftigungen zu schaffen, das starre System des vollen Arbeitstages für sie zu durchbrechen? -

Vom "Sinn der Erziehung" sprach Professor Häberlin (Basel). Diesen Sinn erblickt Häberlin in der völligen Offenheit zwischen Zögling und Erzieher, - einer Offenheit, die den Erzieher befähigt, den heranwachsenden Menschen von seiner Lebensangst zu befreien, ihm den Mut zum Leben zu stählen, ihn aktiv zu machen. Denn "nur handelnd findet sich der Mensch". -

Einen starken Gegensatz zu diesen von neuhumanistischem Geist erfüllten Vorträgen bilden die Ausführungen des Professors Freyer (Leipzig), der das klassische Bildungsideal für überholt erklärt und die "Bildungskrise der Gegenwart" in ihrer ganzen Bedeutung aufrollt. Das Problem der Bildung, so führt er aus, sei heute nicht mehr aktuell in dem Sinne, dass es die Sorge des heutigen Menschen sei, oder in dem Sinne, dass wir mit gutem Gewissen an die natürliche Führerrolle der Gebildeten glauben könnten. Die gegenwärtige Zeit trage die Signatur der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. In dieser Lage

kann das Ganze nicht repräsentiert werden. Das Bildungsziel hat sich verschoben vom Humanistischen ins Politische. Echte Bildung bedeutet heute ein Stehen in der Zeit auf bestimmtem Standort mit wollendem Bewusstsein. Geistige Ueberlegenheit bedeutet nicht mehr Reichtum an Bildung, sondern Ueberlegenheit des Willens, der mit geschichtlichem Situationsbewusstsein ausgerüstet ist. Selbst Zwischenlösungen, wie sie etwa von Professor Uhlich (Dresden) in seinem Vortrag "Probleme der Erwachsenenbildung" geboten werden, indem die Volksbildung an die Lebenssituation des Menschen, an seine Klasse, seinen Beruf, seine künstlerischen Interessen anknüpft, werden als nur stofflich gewandelte, der Form nach aber immer noch klassische Bildungsziele verworfen. Gerade dass man in der Gegenwart Lehrer-, Beamten-, Arbeiter-, Berufsbildung treibe, sei nichts anderes als die Kehrseite der Tatsache, dass das Ganze heute nicht mehr repräsentiert, sondern nur noch vollzogen werden könne, jedoch mit Verantwortlichkeit

Zwei Welten sind hier auf einander gestossen und haben in nicht endenwollender Diskussion ihre Standpunkte gegeneinander gestellt: das Festhalten am humanistischen Ideal auf der einen Seite und auf der andern das Stellen der schwerwiegenden Frage: Was wird aus dem Ideal der Bildung in kritischen Zeiten? Auf diese Frage lautet die Antwort: Volksbildung ist Volk-Bildung. Wie aber bildet sich Volk? Durch seine notwendige geschichtliche Gegebenheit!

Dr. Lily Herzberg.

SPD. Ein Unverbesserlicher.^X Ein Papagei, Eigentum eines Schiffsoffiziers, hatte sich während seines längeren Aufenthaltes im Mannschaftsraum des Vorderschiffs das Fluchen angewöhnt. Als man nun im Heimathafen anlegte, erregte der Vogel die Aufmerksamkeit eines Bischofs, und der kirchliche Würdenträger liess auch dann nicht ab, um Ueberlassung des Papageis zu bitten, als er von der abscheulichen Angewohnheit des Tieres erfuhr. Er vermeinte nämlich, den Vogel von seinem Laster kurieren zu können, wenn er ihn nur erst einmal in seinem Hause hätte. So wechselte der Vogel den Besitzer. Aber alle Bemühungen des Bischofs, dem Papagei die Kraftausdrücke abzugewöhnen, waren vergeblich, sodass der erzürnte geistliche Herr eines Tages nach einem besonders derben Seemannsfluch seines Pfleglings den Missetäter aus dem Käfig holte, ihn bei den Fittichen nahm und ein paar Mal durch die Luft schwenkte, um ihn darauf, beschämt ob solcher Zornanwandlung, wieder auf seine Stange zu setzen. Der Papagei schien einige Sekunden lang benommen zu sein. Dann legte er den Kopf schief zwinkerte dem Bischof zu und krächzte: "Verdammt hoher Seegang heute, Maat!"

SPD. Die Mitverschworenen.^X Der Mailänder Filippo Ferrari wurde während der italienischen Freiheitsbewegung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eines Tages von der österreichischen Polizei wegen Hochverrats verhaftet. Man bemühte sich, von ihm die Namen anderer Verschwörer gegen das österreichische Regime zu erfahren, und Ferrari willigte schliesslich ein, alle anderen Feinde der Österreicher zu verraten, wenn man ihn nur auf den Dom führen wolle. Das geschah. Als nun Ferrari auf dem weisschimmernden Marmordome stand, von österreichischen Häschern umgeben, wurde er gefragt: "Nun, wo sind Deine Mitverschworenen? Bezeichne uns nun die Feinde des österreichischen Regimes!" Da deutete Ferrari auf die unter ihm liegende Stadt und sagte mit Tränen in den Augen: "Hier sind meine Mitverschwörer! Ganz Mailand hasst Euch!"